

H. G. GELBER

DER MORGENTHAU-PLAN

Vorbemerkung des Herausgebers

Der hier folgende Beitrag eines australischen Historikers (Monash University, Vic.) berührt sich für die Frühzeit der USA-Planung mit dem in dieser Zeitschrift abgedruckten Aufsatz von G. Moltmann (Jg. 5 [1957], S. 241 ff.) und für die Rolle der drei Ministerien (Auswärtiges, Krieg und Finanzen) bei den Entwürfen für die Behandlung Deutschlands nach Kriegsende mit dem von W. Dorn (Jg. 6 [1958], S. 60 ff.). Er erschließt keine neuen Quellen und wiederholt – unvermeidlicherweise – vieles, was wohlbekannt ist. Gleichwohl stellt der Artikel mit seiner scharfen Zuspitzung auf die Interpretation wie die praktische Bedeutung des „Morgenthau-Planes“ und zugleich mit seiner Distanz zu dem stark vom Emotionalen belasteten Thema einen originellen und sehr erwägenswerten Beitrag dar.

Die Übersetzung stammt von Mrs. Susan Gelber und bedurfte – wie der ganze Artikel – nur leichter Überarbeitung. H. R.

In der alliierten Diplomatie des Zweiten Weltkrieges nimmt der Morgenthau-Plan eine gewisse Sonderstellung ein. Vom amerikanischen Finanzminister, Henry Morgenthau, im September 1944 entworfen, sah er nicht nur vor, daß Deutschland jede zukünftige Wiederaufrüstung verboten werden müsse, sondern daß die deutsche Industrie völlig aufzulösen sei. Obwohl der Präsident diese Pläne für einige Zeit unterstützte, wurden sie von den Außen- und Kriegsministerien in Washington und von der britischen Regierung angefochten. Der Außenminister, Cordell Hull, nannte Morgenthaus Entwurf einen „Plan blinder Rache“¹, und man hat seither, nicht zuletzt in Deutschland, eine direkte Linie von der bedingungslosen Kapitulationserklärung in Casablanca zum Morgenthau-Plan gesehen, und von da zu den Entschlüssen der Potsdamer Konferenz: ein Schritt führte automatisch zum anderen².

Bekanntlich war die amerikanische Nachkriegsplanung im Sommer 1944 noch nicht weit gediehen. Der Präsident, der sich das Beispiel Woodrow Wilsons immer vor Augen hielt, war sich der absoluten Notwendigkeit bewußt, seine Politik so zu gestalten, daß sie für den amerikanischen Kongreß und für die Öffentlichkeit annehmbar sein würde³. Es traf zu, daß die Vorstellungen der amerikanischen Öffent-

¹ Cordell Hull, *Memoirs* (2 Bde.) New York 1948, S. 1606.

² Z. B. Wolfgang Wagner, *Die Teilung Europas, Geschichte der sowjetischen Expansion 1918–1945*, Stuttgart 1959, S. 176; Michael Freund, *Der Zweite Weltkrieg, Gütersloh* 1962, S. 145; Helmuth Günther Dahms, *Der Zweite Weltkrieg, Tübingen* 1960, S. 503. Vgl. auch A. Armstrong, *Unconditional Surrender, The Impact of the Casablanca Policy upon World War II*, New Brunswick 1961.

³ Er hatte nicht nur Wilsons Beispiel vor Augen, sondern seine eigene bittere Erfahrung. Kurz vor Ausbruch des Krieges in Europa, in einer Sitzung im Arbeitszimmer des Präsidenten versuchten Roosevelt und Hull den Vizepräsidenten Garner, Senator William Borah und andere Senatoren davon zu überzeugen, daß der Krieg vielleicht durch eine Änderung

lichkeit über die Nachkriegswelt großzügig (wenn auch manchmal recht unpraktisch) waren. Mit dem Ende des Krieges, so glaubten viele, würde ein neues Zeitalter anbrechen. Ganze Kontinente standen bereit, in neuer und besserer Weise und im Sinn des amerikanischen Ideals umgeformt zu werden. Es war das ein alter, tief verwurzelter Traum in allen Schichten des Volkes, der auch seinen Einfluß auf Roosevelt selbst nicht verfehlte: der Traum von der Rolle der großen Republik als Instrument zur Besserung, sogar zur moralischen Besserung, der ganzen Menschheit.

Praktische Politik dagegen mußte auch amerikanische Schwächen mit berechnen. Im Krieg war die Nation entschlossen gewesen, weit von den Küsten Amerikas entfernte Verpflichtungen zu akzeptieren. Würde aber diese Bereitwilligkeit auch nach dem Krieg vorhanden sein? Der Präsident glaubte, daß ganz im Gegenteil der Isolationismus wiedergeboren werden würde. Noch während des Wahlkampfes im Jahr 1944 meinte er: „Wer denkt, daß der Isolationismus tot ist, ist verrückt. Sobald dieser Krieg vorbei ist, könnte er stärker denn je sein.“⁴

Hier lag vielleicht die wichtigste Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Roosevelt'schen Außenpolitik. Denn die logische Folge dieser Meinung war, daß der Präsident einfach keine Zeit haben würde, detaillierte Nachkriegspläne auf lange Sicht zu verwirklichen. Es würde nur eine kurze Zeitspanne geben, in der die amerikanische Macht ihren Höhepunkt erreicht hätte; in dieser Zeit mußte eine Situation geschaffen werden, in der der Wunsch der Wähler, die amerikanischen Truppen nach Hause zu bringen, erfüllt werden könnte, ohne den neuen status quo der Sicherheit zu gefährden.

Diese Überlegungen hielt sich Roosevelt vor Augen⁵, schon lange ehe er in Yalta ankündigte, daß amerikanische Truppen nicht länger als zwei Jahre nach dem Krieg in Europa stationiert sein würden⁶. Byrnes unterstrich dies: „Am wichtigsten ist, daß die Vereinigten Staaten die Verantwortung für innenpolitische Angelegenheiten Europas nicht übernehmen wollen.“ Admiral Leahy sagte etwa das gleiche⁷. Diese Ansichten waren Amerikas Verbündeten bekannt⁸.

des Neutralitätsgesetzes verhindert werden könnte. Hull unterstrich diesen Punkt mit Tränen in den Augen, aber Borah wies ihn ab. Garner schloß die Sitzung, indem er dem Präsidenten heiter erklärte: „Nun, Chef, die Tatsache ist einfach, daß Sie nicht genug Stimmen haben. Das ist alles.“ Robert E. Sherwood, *Roosevelt and Hopkins, An Intimate History*, New York 1950, S. 133. Roosevelt hat den Vorfall nie vergessen.

⁴ Sherwood, a. a. O., S. 827.

⁵ Vgl. sein Schreiben vom 21. 2. 1944 (Hull, a. a. O., S. 1612).

⁶ *Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers; The Conferences at Malta and Yalta 1945*, Washington 1955 (Yalta Papers), S. 628.

⁷ E. Stettinius, *Roosevelt and the Russians*, London 1959, S. 88 f.

⁸ Am 29. 2. 1944 schrieb der Präsident an Churchill zu diesem Thema. Vgl. M. Matloff, *Strategic Planning for Coalition on Warfare 1943–1944*, Washington 1959, S. 491. Am 15. November trug Churchill die Schwierigkeiten der Briten dem Präsidenten mit Nachdruck vor. „Es wird nicht allzu lange dauern, bis die Zeit kommt, daß die amerikanischen Armeen nach Hause ziehen, und daß es England sehr schwer fallen wird, Armeen in Übersee zu unterhalten.“ Winston S. Churchill, *The Second World War*, Bd. 6, London 1954, S. 220.

Logischerweise hätte auf Grund dieser Situation versucht werden müssen, strittige Punkte mit den Russen sofort zu schlichten. Das Außenministerium war auch der Meinung, daß man nur unter dem Druck des Krieges zu wesentlichen Verträgen mit ihnen kommen könnte. Nach dem Kampf würde es zu spät sein. Jedoch der Präsident fürchtete, daß detaillierte Verhandlungen bestimmt zu Reibungen führen würden, die unter Umständen den Sieg über Deutschland selbst gefährden könnten, – den Sieg, von dem alles andere ja abhing. Bis nach der Teheraner Konferenz schien es sogar, daß Stalin, in seinem Mißtrauen dem Westen gegenüber durch das Ausbleiben einer zweiten Front, durch Nachschubschwierigkeiten und durch Rückschläge in Nordafrika und Italien bestärkt, einen separaten Frieden mit Deutschland schließen könnte⁹. Diese Möglichkeit wurde weder von der Regierung noch vom Senat übersehen¹⁰.

Man versuchte also, der Notwendigkeit, das russische Vertrauen gegenüber den Westmächten herzustellen, durch wohlklingende aber im Detail nicht bindende Erklärungen wie „bedingungslose Kapitulation“ gerecht zu werden. Darüber hinaus machte der Präsident den entschlossenen Versuch, sich persönlich mit Stalin zu verständigen und die Russen zunächst in politisch unwichtigeren Fragen¹¹ an eine Zusammenarbeit mit dem Westen zu gewöhnen. Heikle Fragen dagegen wurden beiseite geschoben und Diskussionen über Grenzprobleme vertagt¹². Man

⁹ Für eine allgemeine Übersicht des deutsch-russischen Kontaktes vgl. P. Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin*, Bonn 1950; auch Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln 1960, S. 299–302. R. J. Guiton, *Paris–Moskau*, Stuttgart 1956, S. 36, glaubt, daß Stalin erst nach den interalliierten Verhandlungen in Moskau und Teheran im Jahre 1943 endgültig beschlossen habe, „den Krieg auf der westlichen Seite zu beenden“.

¹⁰ Senator Arthur Vandenberg schrie im April 1943: „Ich bin nicht gewillt, irgend etwas zu tun, das die Einigkeit für den Krieg durch vorzeitige Friedensverhandlungen gefährden kann . . . Wenn wir uns mit unseren Alliierten zanken müssen, würde ich es lieber nach dem Sieg tun.“ Arthur H. Vandenberg Jr., *The Private Papers of Senator Vandenberg*, Boston 1952, S. 45f. Vandenberg sprach sich auch gegen eine Debatte im Senat über die Nachkriegsplanung aus. Er wollte vermeiden, daß der Senat öffentlich Stellung gegen die sowjetischen Kriegsziele nahm; ebd., S. 40.

¹¹ Vgl. Roosevelts Brief an Stalin über Zusammenarbeit in der I. L. O. (International Labour Organisation), Correspondence between the Chairman of the Council of Ministers of the USSR and the Presidents of the USA and the Prime Ministers of Great Britain during the Great Patriotic War of 1941–1945 (2 Bde.), Moscow 1947, Bd. II, Dokument Nr. 181, S. 135.

¹² Hull, a. a. O., S. 1169; vgl. Roosevelts Schreiben vom 7. 12. 1944 an Stalin, in dem er vorschlägt, die Frage der deutschen Grenzen erst nach dem Krieg zu behandeln; Correspondence between the Chairman of the Council of Ministers of the USSR . . . , a. a. O., Bd. 2, Dokument 245, S. 172. Hingegen hatte das bekannte Memorandum des Außenministeriums vom Februar 1942 folgendermaßen Stellung genommen: „Es besteht kein Zweifel daran, daß die sowjetische Regierung riesige Ambitionen in Europa hat, und daß zu irgendeinem Zeitpunkt sowohl die Vereinigten Staaten als auch Großbritannien gezwungen sein werden, zu erklären, daß sie nicht alle diese Forderungen akzeptieren können, wenigstens nicht im voraus. Es ist wahrscheinlich besser, wenn wir jetzt schon eine feste Stellung in bezug auf diese Frage nehmen . . . und uns weigern, auf irgendwelche Abmachungen über Nachkriegsgrenzen einzugehen.“ *Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1942, Bd. III (Europe)*, S. 510.

versuchte statt dessen, die Russen davon zu überzeugen, daß die Anglo-Amerikaner sich nicht zum Kampf gegen sowjetische Interessen verbündet hätten.

Was die öffentliche Meinung innerhalb der westlichen alliierten Nationen anging, so hatte sie sich im Laufe des Krieges naturgemäß verhärtet¹³. In England wie in den USA wünschte man die Deutschen dafür zu bestrafen, daß sie die Welt in einen Krieg gestürzt hatten, und eine etwaige Wiederholung deutscher Aggression zu verhindern¹⁴. Es bestand kein Zweifel, daß der totale militärische Zusammenbruch Deutschlands herbeigeführt, das deutsche Kriegspotential zerstört und das Land von jeder Spur des Nationalsozialismus gereinigt werden mußte. Auch die deutsche wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa müsse gebrochen werden. Es gab zwar mildere Meinungen, aber die überwältigende Mehrheit, der Roosevelt selbst angehörte, war für einen „harten“ Frieden.

Der Präsident mußte also versuchen, all diese verschiedenen in- und auswärtigen Faktoren seiner Politik mehr oder weniger in Einklang zu bringen. Diese delikate Aufgabe mußte er selbst übernehmen. Ohnehin neigte er dazu, Informations- und Entscheidungsmethoden zu wählen, die ihm persönlich zusagten. In Fragen auswärtiger Politik war dem Namen nach Cordell Hull zuständig, aber dieser nahm wenig Anteil an vielen der ausschlaggebenden politischen und militärischen Entscheidungen des Krieges¹⁵, und sein Verhältnis zum Präsidenten war oft mehr kühl als freundlich. Roosevelt brauchte ihn allerdings wegen der großen Achtung und Anerkennung, die Hull im Kongreß besaß. Wer konnte ihm besser als der angesehenere ehemalige Senator dazu verhelfen, die Unterstützung des Senats zu erhalten¹⁶?

Im großen und ganzen jedoch hatte der Präsident kein großes Vertrauen zum Außenministerium¹⁷. Er fand, daß es in vielen Beziehungen altmodisch und kurz-sichtig sei. Wichtige Fragen glaubte er am besten selbst behandeln zu können. „Ich glaube, ich kann persönlich mit Stalin besser umgehen als Ihr Foreign Office oder mein State Department“, schrieb er an Churchill¹⁸. Noch wesentlicher war die

¹³ Eine Analyse der alliierten öffentlichen Meinung gibt die Abhandlung von Professor Walter L. Dorn, Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944–1945), in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 60–77.

¹⁴ Diese Ansicht ist treffend von Freund dahin zusammengefaßt worden: „Die Deutschen erschienen als des Teufels auserwähltes Volk, aus dem immer wieder Hitlers erwachsen würden. Deutschlands Macht müsse daher gebrochen werden, von dem der Staat Hitlers nur ein Reflex gewesen sei.“ Michael Freund, Der Zweite Weltkrieg, S. 144.

¹⁵ Vgl. auch William M. Franklin, Zonal Boundaries and Access to Berlin, in: World Politics 16 (1963/1964), S. 1 f.

¹⁶ Hopkins glaubte fest, daß dasselbe Motiv auch für die Wahl des Vizepräsidenten Harry S. Truman im Jahre 1944 entscheidend war. Truman war im Senat populär und Roosevelt „brauchte jemanden, der ihm helfen konnte, wenn er zum Senat ging, um für die Ratifikation des Friedensvertrages zu plädieren“, Sherwood, a. a. O., S. 881 f.

¹⁷ George Kennan, The Future of our Professional Diplomacy, in: Foreign Affairs 33 (1954/1955), S. 567.

¹⁸ Telegramm vom 18. 5. 1942. Churchill, The Second World War, Bd. 4, London 1951, S. 177. Ein unbekannter britischer Beamter hat Harry Hopkins treffend als „Roosevelts eigenes persönliches Auswärtiges Amt“ bezeichnet. Sherwood, a. a. O., S. 202.

Tatsache, daß Roosevelt an der Fähigkeit seines Außenministeriums zweifelte, seine Politik mit den Tatsachen der amerikanischen Innenpolitik in Einklang zu bringen. Die Experten des Ministeriums konnten hervorragende Berichte über das Ausland produzieren. Aber waren sie genau so gut über Amerika selbst informiert? Einer der klügsten Mitarbeiter in Roosevelts Außenministerium hat zugegeben, daß solche Zweifel berechtigt waren. George Kennan hat die Ungeduld der Fachleute erwähnt, die wie er selbst an dem Erfolg von Roosevelts Versuch, die russische Freundschaft zu gewinnen, zweifelten. Kennan meint: „Seither hat sich manches ereignet, und ich sehe nun ein, daß unsere Meinungen auch nicht immer richtig waren. Unsere Analyse der sowjetischen Macht war richtig. Aber wir hatten Unrecht mit unserem Urteil über die Fähigkeit der amerikanischen Demokratie, in diesem Stadium ihrer Entwicklung eine Situation voller Unsicherheiten, Unannehmlichkeiten und militärischer Gefahren auf längere Zeit zu ertragen. Vielleicht hatten Harry Hopkins und F. D. R. mehr Grund als wir dachten, zu glauben, daß alles von der Möglichkeit abhing, die Einstellung des Sowjetregimes zu ändern. Aber wenn das stimmt, dann ist dies nur ein Zeichen dafür, daß das Dilemma grausamer war, als wir jemals ahnten.“¹⁹

Aus dem Mißtrauen des Präsidenten und der Notwendigkeit, Entscheidungen zu verschieben, ergab es sich, daß die Fachleute in den Washingtoner Ministerien, die sich mit der Deutschlandplanung befassen sollten, in einem gewissen Vakuum arbeiteten. Im Außenministerium hatte man schon 1942 angefangen, politische Pläne für das Nachkriegsdeutschland zu schmieden, und ein Jahr später wurden im Kriegsministerium die ersten Pläne für eine militärische Besatzung ausgearbeitet²⁰. Hier dachte man an eine kurzfristige Besatzung mit einem Minimum politischer Verantwortung, wobei sich die Militärregierung auf einige wenige, entscheidende Aufgaben beschränken sollte. Eine kurze Bestrafungsperiode würde ein gezähmtes und nicht allzu hart behandeltes Deutschland zurücklassen²¹. Die Ansichten waren innerhalb des Kriegsministeriums jedoch geteilt. Im Gegensatz zu Stimson und seinem Stellvertreter, John McCloy, befürworteten mehrere ihrer Untergebenen eine radikale Linie²². Besonders die Civil Affairs Division, die im Frühjahr 1943 eingerichtet wurde, bestand darauf, daß dem Ministerium eine größere Rolle in der Deutschlandplanung eingeräumt werde und daß die Deutschen mit Strenge zu behandeln seien.

Im Gegensatz dazu waren die Ansichten im Außenministerium gemäßigt und

¹⁹ George Kennan, *American Diplomacy 1900–1950*, London 1952, S. 87.

²⁰ Vgl. für die früheren Stadien dieser Deutschlandplanung: G. Moltmann, Die frühe amerikanische Deutschlandplanung im Zweiten Weltkrieg, in dieser Zeitschrift 5 (1957), 241–264.

²¹ Eine genauere Behandlung der Politik des Kriegsministeriums findet sich bei Dorn, a. a. O.

²² Vgl. E. F. Penrose, *Economic Planning for the Peace*, Princeton 1953, S. 270–271; Harold Zink, *United States in Germany 1944–1945*, Princeton 1957, S. 5, 18; Philip E. Mosely, *The Occupation of Germany, New Light on how the Zones were drawn*, in: *Foreign Affairs* 28 (1949–1950), 580–604.

weitsichtig. Außer Sumner Welles, der eine radikalere Politik befürwortete und auch Zugang zum Präsidenten hatte, mißtrauten die Diplomaten²³ der harten Linie. Sie glaubten, daß vernünftige langfristige Ziele ausgearbeitet und in interalliierten Verträgen festgelegt werden sollten, die den zonalen Militärkommandanten wenig Bewegungsfreiheit erlauben würden. Als ein praktisches Programm waren ihre Pläne aber nicht durchschlagend genug. Obwohl die Konferenz in Teheran keine festen Entscheidungen getroffen hatte, war in den Diskussionen doch von einer Teilung Deutschlands, einer Ausweisung aller Deutschen aus Ostdeutschland und einer Entfernung jedes preußischen Einflusses aus den Kohlen- und Stahlgebieten Deutschlands gesprochen worden²⁴. Hull war nicht in Teheran anwesend. Später äußerte er zu Henry Morgenthau, daß er nicht einmal die Konferenzprotokolle gesehen habe²⁵. Als die Diskussionen über Deutschland in der neugegründeten interalliierten European Advisory Commission (EAC) zu Beginn des Jahres 1944 begannen²⁶, entdeckte das Außenministerium, daß nicht nur gewisse Meinungsverschiedenheiten mit Amerikas Verbündeten bestanden, sondern daß ihm auch einige außerordentlich wirksame Hindernisse vom Kriegsministerium in den Weg gelegt wurden. Die Civil Affairs Division meinte sogar, daß Probleme wie zum Beispiel die Besetzungszonen in Deutschland überhaupt nicht Gegenstand einer interalliierten politischen Diskussion bilden, sondern als rein militärische Angelegenheit von den jeweiligen Kommandanten an Ort und Stelle entschieden werden sollten²⁷.

Die Planungstätigkeit des Außenministeriums wurde im Verlauf des Jahres 1944 intensiver. Ausführliche Vorschläge für Deutschland, sowohl auf kurze als auch auf lange Sicht, wurden ausgearbeitet und in einer 15 Seiten langen Denkschrift zusammengefaßt, die Hull billigte. Die Gründe, die für eine gemäßigte Politik und für eine wirtschaftliche Erholung, aber gegen eine erzwungene Teilung Deutschlands sprachen, wurden dargelegt, so wie das Ministerium es schon vor einem Jahr getan hatte²⁸. Man einigte sich auch über ein weiteres Memorandum,

²³ Und ihre Universitätskollegen, wie z. B. Philip Mosely und David Harris, die auf Kriegsdauer zur Hilfe herbeigezogen wurden.

²⁴ Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conferences of Cairo and Teheran 1943, Washington 1961 (Teheran Papers), S. 600–603.

²⁵ John L. Snell, *Wartime Origins of the East-West Dilemma over Germany*, New Orleans 1959, S. 52, 72.

²⁶ Die EAC, die im Oktober 1943 von den drei Außenministern aufgestellt wurde, arbeitete an einem Entwurf für Kapitulationsbedingungen und die Organisation der Besetzung für Deutschland.

²⁷ Mosely, *The Occupation of Germany*, S. 537 f.; Snell, *Wartime Origins of the East-West Dilemma over Germany*, S. 72. Eine gemäßigte Verteidigung der Politik des Kriegsministeriums befindet sich bei Franklin, a. a. O., S. 15 f.

²⁸ Diese Ansichten waren schon im August und September 1943 in zwei bemerkenswerten Denkschriften dargelegt worden. Harley Notter (Hrsg.), *Post-War Foreign Policy Preparation 1939–1945*, Washington 1950, S. 554, 558; siehe auch Philip E. Mosely, *Dismemberment of Germany*, *The Allied Negotiations from Yalta to Potsdam*, in: *Foreign Affairs* 28 (1949/1950), S. 487–498.

über eine Wirtschaftsplanung für Deutschland, dies sprach sich, abgesehen von der Notwendigkeit, Deutschlands wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa zu brechen, für eine kurze Zeit aus, in der Deutschland Reparationen zahlen sollte, und zwar nicht in Kapitallieferungen, sondern in der Form von Erzeugnissen, ferner für begrenzte Wirtschaftskontrollen, für die Notwendigkeit, die deutsche Produktion auf einer Ebene zu halten, die die Erhaltung eines minimalen Lebensstandards erlauben würde, und für die Notwendigkeit, eine demokratische Ordnung herbeizuführen²⁹.

Mitte August richtete der amerikanische Vertreter in der EAC in London, John Winant, einen dringenden Appell nach Washington: Falls nicht bald eine Verständigung über Deutschland erzielt würde, so warnte er, würde die interalliierte Verwaltung in Deutschland zusammenbrechen³⁰.

Inzwischen war noch ein weiteres Dokument für die Behandlung Deutschlands ausgearbeitet worden, und zwar von den damit befaßten Mitgliedern in Eisenhowers Stab in London. Da sie keine endgültigen Anweisungen erhielt, nahm diese britisch-amerikanische Planungsgruppe an, daß eine gemäßigte Deutschlandpolitik verfolgt werden sollte, und sie verfaßte ihre Vorschläge dementsprechend. Ihr Entwurf für ein „Handbuch für die Militärregierung in Deutschland“ wurde von Eisenhower im Juni 1944 gebilligt und nach Washington geschickt. Die Verfasser des Dokuments waren bereit, einen Unterschied zwischen der nationalsozialistischen Regierung und den Deutschen im allgemeinen zu machen, und sie erwähnten sogar einen eventuellen Wiederaufbau Deutschlands. Sie befürworteten die Erhaltung einer zentralen deutschen Verwaltung und schlugen vor, daß Deutschland sich sowohl selbst versorgen, als auch die Wirtschaft ganz Europas unterstützen sollte. Zu dem Zwecke müßte es einen genügend großen Teil seiner Industrie behalten. Das Handbuch verzeichnete auch ein relativ hohes Niveau von Rationen für das besetzte Deutschland³¹. Anfang August hatte man eine dritte Version dieses Handbuches ausgearbeitet.

Jetzt aber begann Henry Morgenthau, einer der einflußreichsten Mitglieder der Regierung³², sich für die Deutschlandplanung persönlich zu interessieren³³. Es war

²⁹ Dies ist wahrscheinlich das Dokument, das in seiner Originalform von dem ‚Interdivisional Committee on Reparation, Restitution and Property Rights‘ ausgearbeitet worden ist. Siehe Notter, *Post-War Foreign Preparations*, S. 220ff.; Penrose, *Economic Planning for the Peace*, S. 240.

³⁰ Mosely, *The Occupation of Germany*, S. 595.

³¹ H. Zink, *American Military Government in Germany*, New York 1947, S. 19f., 42f.; H. Morgenthau, *Our Policy Towards Germany*, New York Post vom 26. 11. 1947.

³² Morgenthaus Stellung war schon deshalb stark, weil er ein alter Freund und Nachbar von Roosevelt war. Ihre Freundschaft und ihr gegenseitiges Vertrauen bestanden schon lange, bevor Roosevelt zum erstenmal Präsident wurde.

³³ Die wichtigsten Quellen zu diesem Thema sind enthalten in Henry Morgenthau, *Germany is our Problem*, New York 1945; H. Morgenthau, *Our Policy Towards Germany*, New York Post 24.-29. 11. 1947; dazu ferner Hull, *Memoirs*; Henry L. Stimson and Mc George Bundy, *On Active Service in Peace and War*, New York 1948, S. 566–583. Zusammenfassungen sind zu finden in John L. Chase, *The Development of the Morgenthau Plan through the*

nicht das erste Mal, daß Morgenthau sich in Probleme der Außenpolitik einmischte. Im Spätsommer 1940 z. B., als die Frage einer Kontrolle von Öl- und Almetallausfuhr nach Japan aktuell wurde, war es das Finanzministerium, das am meisten auf strenge Maßnahmen drang. Ebenso auch im Hinblick auf Deutschland. „Von allen Ämtern in der amerikanischen Regierung war hier das Gefühl einer Krise am größten; das Gefühl, daß ein Sieg Hitlers nicht erlaubt werden dürfe, am stärksten, der Wille, auf dieses Gefühl hin zu handeln, am energischsten.“³⁴

Unter den geschilderten Verhältnissen kam es manchmal vor, daß Morgenthau Funktionen des Kriegs- oder Außenministeriums nicht so sehr an sich riß, als daß er durch Unterlassungssünden dieser Ministerien gezwungen wurde, sie auszuüben³⁵. Immerhin richtete sich gegen Morgenthaus Einmischungen eine von Hulls Beschwerden³⁶. Im Grunde genommen sah Morgenthau eine Hauptaufgabe darin, zu den verschiedensten Themen Ideen aufzuwerfen, die der Präsident ausprobieren und je nach Wunsch annehmen oder ablehnen konnte. Die Gründe für seine Einmischung auf dem besonderen Gebiet der Deutschlandplanung sind verschieden interpretiert worden. Da sowohl Morgenthau als auch sein Assistent Harry White Juden waren, lag es nahe anzunehmen³⁷, daß sie beide die Greuel des Nazismus stärker als andere empfanden. Es ist auch gesagt worden, daß White ein russischer Agent gewesen sei, und der Morgenthau-Plan eine russische Idee, die in die amerikanische Planung sozusagen unbemerkt hineingeschmuggelt wurde³⁸. Keine dieser Deutungen kann bewiesen werden, und beide sind auch letzten Endes unwichtig. Denn der Morgenthau-Plan hätte kaum eine solche Rolle spielen können, wenn er nicht, wenigstens für eine gewisse Zeit, die Gedanken des Präsidenten widergespiegelt hätte. Die große Linie der Politik einer Regierung wird selten (außer vielleicht in einer Diktatur) durch völlig neue und fremde Ideen plötzlich abgelenkt.

Quebec Conference, in: *The Journal of Politics* 16 (1954); Snell, *Wartime Origins of the East-West Dilemma over Germany*, Kap. 4 u. 5; Günther Moltmann, *Amerikas Deutschlandpolitik im zweiten Weltkrieg, Kriegs- u. Friedensziele 1941–1946*, Heidelberg 1958, besonders Kap. 9.

³⁴ H. Feis, *The Road to Pearl Harbor*, New York 1962, S. 73, 90ff., 103.

³⁵ Sherwood, a. a. O., S. 162.

³⁶ Hull, a. a. O., S. 207 f.

³⁷ So von Moltmann, *Amerikas Deutschland-Politik im Zweiten Weltkrieg*, S. 154; es finden sich auch Andeutungen bei Hull, a. a. O., S. 207; Stimson and Bundy, a. a. O., S. 569; Penrose, a. a. O., S. 248; Walter Görnitz, *Der zweite Weltkrieg*, Bd. 2, Stuttgart 1952, S. 421 f.

³⁸ W. H. Chamberlin, *America's Second Crusade*, Chicago 1950, S. 252, 305; M. Connors, *Revisionism and Roosevelt's Foreign Policy*, *American Mercury* Bd. LXXXIX, Nr. 451 (Dez. 1959), S. 55: *Interlocking Subversion in Government Departments*; *The Harry Dexter White Papers*, U. S. Senate Committee on the Judiciary, Washington 1956. Dagegen vgl. Snell, *Wartime Origins of the East-West Dilemma over Germany*, S. 78, wo sehr stark betont wird, daß Whites Verrat nicht bewiesen ist; Penrose unterstreicht, daß White und Morgenthau nicht nur nicht im sowjetischen Interesse gearbeitet haben, sondern ganz im Gegenteil, daß beide die sowjetischen Vorschläge für Reparationszahlungen aus laufender Produktion wiederholt und entschieden abgewiesen haben; Penrose, a. a. O., S. 291, Anmerkung 53.

Morgenthau berichtete selbst später, daß sein Interesse an der Planung für Deutschland am 5. August 1944 geweckt wurde, als Harry White ihm ein „Memorandum des Außenministeriums“ zu diesem Thema zeigte. Es ist nahezu sicher, daß dies die vorher erwähnte Denkschrift war. Morgenthau, der sich auf dem Wege nach England befand, las das Memorandum während des Fluges, „zuerst mit Interesse, dann zweifelnd, schließlich mit heftigem Widerspruch“³⁹. Er wurde auch auf den Entwurf des Handbuchs für die Militärregierung aufmerksam gemacht, diesmal durch einen ehemaligen Beamten des Finanzministeriums, Bernard Bernstein, der jetzt als Oberst in Eisenhowers Hauptquartier diente⁴⁰. Morgenthau fand beide Dokumente völlig unzulänglich.

Am 7. August, zwei Tage nach seiner Ankunft in England, hatte er sein erstes Gespräch mit Eisenhower. Er betonte, daß seiner Meinung nach die vorhandenen Pläne für die Besatzung strenger sein müßten. Am 12. August drückte sich Morgenthau gegenüber John Winant und dessen Mitarbeitern etwas ausführlicher aus⁴¹. Die einzige Möglichkeit, einen dritten Weltkrieg zu verhüten, so sagte er, wäre, die Kapazität für eine deutsche Kriegsführung überhaupt zu beseitigen, mit anderen Worten, die Vernichtung nicht nur seiner militärischen, sondern auch seiner wirtschaftlichen Rüstungsmacht. Die deutsche Industrie müsse zerstört und das Land in erster Linie auf Landwirtschaft umgestellt werden⁴². Eine solche Politik würde auch trotz eines zukünftigen amerikanischen Rückzuges aus Deutschland wirksam sein und sogar dann noch, wenn Amerika eines Tages nicht mehr gewillt sein sollte, Sanktionen durchzusetzen.

Außerdem würde die Vernichtung der deutschen Industrie Großbritannien, das sowieso nach dem Kriege in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage sei, erlauben, die ehemaligen Ausfuhrgebiete Deutschlands zu übernehmen.

Auf britischer Seite führte Morgenthau Gespräche mit Churchill, Eden und dem Finanzminister Sir John Anderson. Churchill sorgte sich offenbar in erster Linie um die Notwendigkeit einer fortlaufenden amerikanischen Hilfe, sowohl für den Krieg als auch für nachher. Man war beunruhigt in Hinblick auf die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, die für England bevorstanden; um so mehr galt es, der amerikanischen Regierung das volle Ausmaß dieser Schwierigkeiten klarzumachen⁴³. Anderson hingegen machte sich Sorgen über ein etwaiges sowjetisches Übergewicht im Nachkriegseuropa. Er war daher gegen eine Aufteilung Deutschlands, auch sollte eine zivile Produktion nicht unterbrochen werden. Eden scheint sich auf Zuhören beschränkt zu haben⁴⁴.

³⁹ Morgenthau, *Our Policy Towards Germany*, New York Post vom 24. 11. 1947.

⁴⁰ Walter Millis (Hrsg.), *The Forrestal Diaries*, London 1952, S. 29.

⁴¹ Penrose, a. a. O., S. 244–248.

⁴² Laut Penrose (a. a. O., S. 248) hat Morgenthau geltend gemacht, dies könnte durch den Abtransport des deutschen Bevölkerungsüberschusses nach Nordafrika erreicht werden.

⁴³ R. S. Sayers, *Financial Policy 1939–1945 (History of the Second World War; United Kingdom Civil Series)*, London 1956, S. 465–469.

⁴⁴ Penrose ist der sicherlich richtigen Meinung, daß sich Eden aus naheliegenden Gründen mit einem Mann, der in diesen Fragen kaum als Sprecher des Präsidenten angesehen

Als Morgenthau Mitte August nach Washington zurückkam, bildete er einen kleinen Ausschuß innerhalb seines Ministeriums, unter Vorsitz von White, um das deutsche Problem ausführlich zu analysieren. Am 18. August traf er den Präsidenten und unterbreitete ihm seine Sorge wegen einer zu milden britischen Haltung den Deutschen gegenüber. Roosevelt teilte offenbar diese Sorge. „Wir müssen mit dem ganzen deutschen Volk hart sein, nicht nur mit den Nazis“, soll er laut Morgenthau gesagt haben⁴⁵. Eine Woche später gab dieser dem Präsidenten eine Kopie des Armeehandbuches, offenbar mit einer kurzen Zusammenfassung von ihm selbst. Ob diese Zusammenfassung Ton und Inhalt des Handbuches richtig wiedergegeben hat, ist fraglich.

Nach den Konsultationen mit Henry Morgenthau – und Stimson – traf der Präsident am 25. August mit seinem Kabinett zusammen. Er erklärte, die bisher für Deutschland vorgeschlagenen Maßnahmen seien viel zu milde⁴⁶. Die Deutschen sollten, falls es notwendig wäre, aus Suppenküchen gepflegt werden, und sie dürften keinen besseren Lebensstandard haben, als den niedrigsten unter den Völkern, die von ihnen erobert worden waren⁴⁷. „Man muß den Deutschen klarmachen“, schrieb der Präsident am nächsten Tag an Stimson, „daß die ganze Nation in gesetzwidriger Verschwörung gegen die Grundlagen moderner Zivilisation verstoßen hat.“⁴⁸ Mittlerweile scheint die Neigung des Präsidenten zu einer strengen Politik durch die Überlegung gestärkt worden zu sein, daß einerseits solche Härte Stalin gefallen würde und andererseits die Lösung des Reparationsproblems für Polen oder Rußland, wie auch die Situation der englischen Ausfuhr nach dem Krieg, erleichtern würde. Zugleich würde Deutschland unschädlich gemacht, und zwar auf viel längere Sicht als bloß für die Zeit einer amerikanischen Besatzung. Dazu kam die Tatsache, daß eine Präsidentenwahl in einigen Wochen stattfinden würde. Man konnte nicht die Beschuldigung riskieren, daß der Präsident den Deutschen gegenüber nachsichtig sei⁴⁹.

Inzwischen war Stimson darüber beunruhigt, daß amerikanische Truppen, die schon auf deutschem Boden standen, immer noch ohne offizielle Richtlinien waren, sogar in äußerst wichtigen Fragen. Er schlug deshalb vor, daß ein Kabinettsausschuß über die Arbeit, die schon auf diesem Gebiet geleistet worden war, berichten sollte. So werden konnte, nicht streiten wollte. Für eine Übersicht dieser Gespräche vgl. auch Morgenthau, *Our Policy Towards Germany*, *New York Post* vom 26. 11. 1947; Sayers, *Financial Policy 1939–1945*, S. 468 f. erwähnt kurz die wirtschaftlichen Punkte in Morgenthaus Londoner Gesprächen.

⁴⁵ Morgenthau, *Our Policy Towards Germany*, *New York Post* vom 25. u. 26. 11. 1947.

⁴⁶ Roosevelt schrieb an Stimson, das Armeehandbuch mache den Eindruck, daß Deutschland wie Belgien und Holland wiederhergestellt werden sollte, und daß die Deutschen so schnell wie möglich wieder zu ihrem Vorkriegsstatus gebracht werden sollten; Carl J. Friedrich and Associates, *American Experiences in Military Government in World War II*, *New York* 1948, S. 220, Anmerkung 4.

⁴⁷ Millis, a. a. O., S. 29.

⁴⁸ Hull, a. a. O., S. 1603.

⁴⁹ Sir Llewellyn Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, *London* 1962, S. LI, Anmerkung 2.

fort ernannte der Präsident neben Hull und Stimson auch Morgenthau und Harry Hopkins zu Mitgliedern dieses Ausschusses.

Am 1. September erläuterte Hopkins einigen der höheren Beamten des Außenministeriums die wichtigsten Gründe für Morgenthaus Widerstand gegen ihre Pläne. Angesichts dieser Argumente wurde im Außenministerium ein neues Memorandum entworfen⁵⁰. Von Hull gutgeheißen, sollte es dem Kabinettsausschuß vorgelegt werden. Diese Denkschrift stellte in Frage, ob ein Plan, Deutschland hauptsächlich zum Agrarstaat zu machen, ohne die Liquidierung oder Ausweisung von x-Millionen Deutschen erfolgreich sein könne. Das Memorandum argumentierte auch stark gegen eine erzwungene Teilung Deutschlands und betonte noch einmal, daß es unmöglich sei, Reparationen zu bekommen, nachdem man die deutsche Industrie vernichtet hätte⁵¹. Am nächsten Tag, dem 2. September, fand eine vorbereitende Sitzung des Kabinettsausschusses statt, bei der die Stellvertreter der Minister anwesend waren. Hier legte Harry White den ersten Entwurf der Denkschrift vor, die unter dem Namen „Morgenthau-Plan“ bekannt geworden ist⁵².

Der genaue Text dieser Denkschrift ist nicht bekannt, aber H. Morgenthau hat ziemlich vollständig darüber berichtet⁵³. Die politischen Maßnahmen sahen die Abtrennung Ostpreußens, Südschlesiens, der Saar und der Gebiete zwischen der Mosel und dem Rhein vor. Der Rest Deutschlands sollte in drei Staaten geteilt werden: Norddeutschland, Süddeutschland und eine internationale Zone, die aus dem Rheinland, Westfalen und dem Küstengebiet bis zur dänischen Grenze, einschließlich des Kieler Kanals zu bestehen hätte. Österreich sollte wieder ein unabhängiger Staat werden. Die drei deutschen Gebiete sollten politisch dezentralisiert sein, weiterhin in Provinzen aufgeteilt und dem Ganzen ein bundesstaatlicher Aufbau gegeben werden. Die militärischen Maßnahmen sahen vor, Deutschland völlig, und zwar so schnell wie möglich zu entwaffnen. Kriegsmaterial sollte vernichtet, militärische Schlüsselindustrien sollten zerstört oder fortgenommen werden. Das Tragen von Uniformen und das Abhalten von militärischen Paraden sollten verboten und Soldatenbünde aufgelöst werden. In bezug auf Wirtschaft und Transport wurde vorgeschlagen, die Industrie aus der internationalen Zone in Westdeutschland zu entfernen, die Bergwerke zu schließen und die Kontrolle durch eine internationale Organisation auszuüben. Die Ruhr und die umliegenden Bezirke sollten nicht nur von den vorhandenen Industrien entblößt, sondern auch so geschwächt und kontrolliert werden, daß sie in absehbarer Zeit nicht wieder ein Industriegebiet wer-

⁵⁰ Wahrscheinlich auch beeinflusst durch Winants Bericht über Morgenthaus Äußerungen in London.

⁵¹ Hull, a. a. O., S. 1606f.

⁵² Zusammenfassungen der einleitenden Diskussionen finden sich in H. Feis, Churchill, Roosevelt and Stalin, *The War they waged and the Peace they sought*, Princeton 1957, S. 366f., siehe besonders die Fußnoten 39 u. 40. Vgl. ferner Moltmann, *Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg*, S. 121–128.

⁵³ Morgenthau, *Germany is our Problem*, Titelblatt; *A Decade of American Foreign Policy, Basic Documents 1941–1949*, Washington 1950, S. 502; siehe auch Morgenthau, *Our Policy Towards Germany*, a. a. O.

den könnten – alle Fabrikanlagen und Ausstattungen, die nicht im Verlauf des Kampfes zerstört worden waren, sollten entweder völlig abgebaut oder aus dem Gebiet entfernt und vernichtet werden. Alle Einrichtungen sollten von den Bergwerken entfernt und die Bergwerke gründlich zerstört werden⁵⁴. Ferner sollte Deutschland Reparations- und Wiedergutmachungszahlungen leisten, sowohl in Form von Waren und einer Übergabe von Eigentumsrechten an Landbesitz wie auch durch die Bereitstellung von deutschen Zwangsarbeitern für fremde Länder und auf Kosten des deutschen Besitzes im Ausland. Der deutschen Wirtschaft sollte keinerlei Unterstützung oder Hilfe zukommen, außer im Interesse der Militärregierung selbst. Wirtschaftliche Kontrollen sollten für wenigstens 20 Jahre auferlegt werden. Des weiteren sah der Plan vor, den Großgrundbesitz aufzulösen⁵⁵ und den Flugverkehr zu verbieten.

Nicht weniger einschneidend waren die Bestimmungen auf kulturellem Gebiet gedacht. Alle Schulen und Universitäten sollten bis zur Ausarbeitung eines Programmes für ihre Neuorganisierung geschlossen werden. Alle deutschen Rundfunkstationen und Zeitungen sollten verboten werden, bis neue Richtlinien ausgearbeitet wären und eine Kontrollorganisation eingerichtet sein würde. Morgenthau schlug ferner vor, amerikanische Truppen so schnell wie möglich aus Europa zurückzuziehen und Deutschlands Nachbarn den Vollzug dieses Programms zu übertragen. Dies mußte bedeuten – worauf man Morgenthau auch hinwies –, daß die Sowjetunion in diesen Fragen eine entscheidende Rolle spielen würde. Es gab noch eine weitere Bestimmung. Morgenthau selbst hat sie später nur angedeutet durch die Bemerkung, der Plan habe ein Programm für die Bestrafung bestimmter Kriegsverbrecher und für die Behandlung nazistischer Organisationen enthalten. An anderer Stelle hat er nur ganz im allgemeinen Differenzen zwischen dem Finanzministerium, das eine summarische Hinrichtung der Kriegsverbrecher vorschlug, und dem Kriegsministerium erwähnt, das ein formelles Gerichtsverfahren wollte. Es besteht aber kein Zweifel, daß diese Bestimmung des Morgenthau-Planes dahin ging, einige der Hauptkriegsverbrecher sofort nach der Gefangennahme und Identifizierung zu erschießen. Stimson hat nach seinem eigenen Bericht in einer Erläuterung vom 9. September dem Präsidenten gegenüber diesen Vorschlag unter dem Gesichtspunkt der Rechtsstaatlichkeit einer vernichtenden Kritik unterzogen⁵⁶.

Einige andere Vorschläge scheinen mehr nebenbei gemacht worden zu sein. Der britische Botschafter, Lord Halifax, berichtete am 2. September nach London, Morgenthau mache auch geltend, daß eine größere Dosis Inflation mit allem darauf folgenden Elend eine gesunde Wirkung auf die Deutschen haben würde⁵⁶.

Es fragt sich nun, was an diesem Plan eigentlich neu war. Sicher nicht, daß

⁵⁴ Hull, a. a. O., S. 1605. Dies war eine Maßregel, die nach dem 2. September hinzugefügt wurde.

⁵⁵ Stimson and Bundy, a. a. O., S. 584; auch James F. Byrnes, *Speaking Frankly*, New York 1947, S. 182.

⁵⁶ Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, S. 471.

Deutschland geteilt und gezwungen werden sollte, Gebiete abzutreten. Dieser Gedanke wurde schon im März 1943 vom Präsidenten und Eden besprochen⁵⁷, sodann vom Präsidenten wieder in seinen Diskussionen mit Hull angeregt, kurz bevor der Minister im Herbst des gleichen Jahres nach Moskau fuhr⁵⁸, und er war schließlich auch von den drei alliierten Regierungschefs auf der Teheraner Konferenz diskutiert worden⁵⁹. Im Spätsommer 1944 legten die Franzosen Eden einen ähnlichen Plan vor, und Eden zeigte sich bereit, ihn zu erwägen⁶⁰.

Auf russischer Seite wurde die Forderung nach der Oder-Neiße als Deutschlands Ostgrenze nach dem Krieg schon vor der Formulierung des Morgenthau-Planes gestellt⁶¹. Die Idee, daß Deutschland Reparationen zahlen sollte, war schon zu Anfang der alliierten Nachkriegsplanung aufgekommen. Als Averell Harriman und Lord Beaverbrook im Herbst 1941 nach Moskau fuhren, sprach Stalin bereits von deutschen Reparationen⁶². Hull selbst hat darüber weitreichende Vorschläge im Oktober 1943 in Moskau vorgelegt⁶³. Die ganze Reparationsfrage war ja im Grunde genommen nur ein Teil des viel größeren Problems der Bestrafung der Deutschen und des Wiederaufbaus der kriegszerstörten Länder mit Hilfe deutscher Arbeit und deutschen Materials⁶⁴. Eden hatte schon im März 1943 die Frage einer internationalen Kontrolle der deutschen Industrie in einer Denkschrift an das britische Kabinett aufgeworfen⁶⁵. In Teheran verhandelten die drei Mächte über eine Kontrolle der deutschen Rüstungsindustrie⁶⁶, und der Economic and Industrial Planning Staff in London, der Ende August 1944 einen Bericht über die Deutschland aufzuerlegenden

⁵⁷ Sherwood, a. a. O., S. 711.

⁵⁸ Hull, a. a. O., S. 2265 f.

⁵⁹ Teheran Papers, S. 600–603.

⁶⁰ Woodward, a. a. O., S. 470. Der französische Plan schlug unter anderem vor, Westdeutschland unter ein „Régime Speciale“ zu stellen. Das Foreign Office erklärte Winants Mitarbeitern, daß dieser Plan wenigstens den Vorteil hätte, die deutsche Industrie nicht völlig zerstören zu wollen, sondern die Produktionskapazität der Ruhr für ganz Europa zu erhalten, deshalb könne dieser Plan als ein Gegengewicht zum Morgenthau-Plan dienen; Penrose, a. a. O., S. 261 f.

⁶¹ Osubka-Morawski, Sprecher der pro-russischen Partei in Polen, forderte die Oder-Neiße-Linie in einem Interview mit dem Manchester Guardian am 30. 8. 1944. Wir wissen genug vom europäischen Kommunismus in der Stalinistischen Periode, um sicher zu sein, daß Osobka-Morawski dies unmöglich gesagt haben würde, wenn er nicht der russischen Reaktion sicher gewesen wäre. Stalin soll die Oder-Neiße-Linie sogar schon am 22. 5. 1944 gebilligt haben. J. Malara und L. Rey, *La Pologne d'une occupation à l'autre 1944–1952*, Paris 1952, S. 25. Vgl. auch Wolfgang Wagner, a. a. O. (Anm. 2), S. 75.

⁶² *Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1941*, Bd. I (General, The Soviet Union) Washington 1958, S. 192 f.

⁶³ Hull, a. a. O., S. 1285–1287; Teheran Papers, S. 183–186. Es scheint durchaus möglich zu sein, daß der Präsident Hulls Denkschrift nicht gesehen hat, bevor sie in Moskau vorgelegt wurde; Teheran Papers, S. 183, Anmerkung 1.

⁶⁴ Vgl. die Darlegung der sowjetischen Meinung in: I. Deutscher, *Stalin, A Political Biography*, Oxford 1949, S. 538 f.

⁶⁵ Woodward, a. a. O., S. 438.

⁶⁶ Teheran Papers, S. 879; Churchill, *The Second World War*, Bd. V, S. 317 f.; Woodward, a. a. O., S. 447.

Verpflichtungen erstattete, sprach sowohl von alliierten Restriktionen als auch von der Möglichkeit, Deutschlands Industrie völlig lahmzulegen⁶⁷.

Die Idee, deutsche Zwangsarbeit als Reparationszahlung zu benutzen, war auch schon in Teheran besprochen worden. Stalin erklärte dort, er wolle 4 Millionen Deutsche als Arbeiter in Rußland haben⁶⁸. Schon vorher, im Oktober 1943 in Moskau, hatte Hull über deutsche Reparationen in Form von „Waren und Dienstleistungen“ gesprochen⁶⁹, und Harriman benutzte die gleiche Formel in einem Bericht an den Präsidenten vom 4. November⁷⁰. Churchill hatte auch in Teheran vorgeschlagen, Deutschland keinen Flugverkehr zu erlauben⁷¹. Der Inhalt der Teheraner Diskussionen war natürlich Morgenthau bekannt. Sogar die Frage der Hinrichtung der Hauptkriegsverbrecher hat Hull schon über ein Jahr vor der Formulierung des Morgenthau-Planes erwähnt⁷². Ähnliche Vorschläge waren auch von den Russen und Engländern gemacht worden. Schon am 21. 10. 1941 schlug das britische Außenministerium sowohl den alliierten Regierungen als auch den damals noch neutralen Vereinigten Staaten vor, eine Erklärung zu veröffentlichen, die u. a. sagte: „Die ganze Welt wird es den Verbrechern nicht erlauben, ihren verdienten Strafen zu entkommen . . . Mit dem Sieg wird Vergeltung kommen.“⁷³ Der Sinn war eindeutig. Stalin legte schon in Teheran seine Vorschläge für die Massenvernichtung der Mitglieder der deutschen Führungsgruppen vor⁷⁴. Es schien ihm damit ernst zu sein⁷⁵.

Ganz allgemein waren die Entmilitarisierung Deutschlands, seine Entwaffnung und wirtschaftliche Kontrolle nicht nur von den Experten erörtert worden, sondern sie bildeten überhaupt die Basis der Diskussionen über Deutschland, innerhalb und außerhalb der Regierung und auch in interalliierten Gesprächen⁷⁶. Einige dieser Punkte waren sogar schon im Entwurf des Kapitulationsdokuments für Deutsch-

⁶⁷ Woodward, a. a. O., S. 467 f.

⁶⁸ Churchills Memorandum vom 19. 4. 1944 an Sir A. Cadogan, Churchill, a. a. O., Bd. V, S. 621.

⁶⁹ Hull, a. a. O., S. 130 f.

⁷⁰ Teheran Papers, S. 154.

⁷¹ Churchill, a. a. O., Bd. V, S. 518, Teheran Papers, S. 511.

⁷² Hull, a. a. O., S. 1289 f.

⁷³ Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1941, Bd. I, S. 446.

⁷⁴ Teheran Papers, S. 553 f.

⁷⁵ Selbst Churchill wollte eine Liste mit 50–100 „Verbrechern ersten Grades“ veröffentlichen, „um die, die mit dem Tode bestraft werden, von der Masse des Volkes abzusondern . . .“; vgl. sein Memorandum vom 14. 1. 1944 zum Kabinett, Churchill, a. a. O., Bd. IV, S. 617 f.

⁷⁶ Vgl. Hulls Moskauer Vorschläge; Teheran Papers, S. 185–186. Der englische Stellvertretende Premierminister Attlee argumentierte im Sommer 1944, es sei unbedingt notwendig, das Nazi-System und den militärischen Apparat in Deutschland auszurotten. Sie müßten zerstört werden, selbst wenn dieses eine interne Krise in Deutschland hervorrufen und große Not mit sich bringen würde. Sein Memorandum vom 11. 7. 1944 ist zusammengefaßt: Woodward, a. a. O., S. 466. Auch Lord Vansittart hatte sich schon längst für eine lange Besatzungszeit, für massive Kriegsverbrecherprozesse, für Umerziehung der Deutschen und Eliminierung der deutschen industriellen Vorherrschaft in Europa ausgesprochen.

land zu finden, über das sich die drei Alliierten im Juli 1944 geeinigt hatten⁷⁷. Ferner hatten die Russen bereits im Herbst 1943 geäußert, daß ihrer Meinung nach Deutschland nach dem Kriege keinen höheren Lebensstandard haben sollte als sie selbst⁷⁸. Dieser Maßstab war aber keineswegs präzise. Erst nach der Potsdamer Konferenz wurde eine improvisierte Arbeitsgruppe, die „German Standard of Living Board“ eingerichtet, um zu versuchen, Begriffe wie einen Lebensstandard für Deutschland zu definieren und statistisch zu begründen⁷⁹. Aber soweit man im Jahr 1944 über die Zerstörung des europäischen Rußland unterrichtet war – oder es zu sein glaubte –, schien es klar, daß das sowjetische Prinzip dazu führen mußte, Deutschland auf den niedrigsten Lebensstandard in Zentral- oder Westeuropa herabzudrücken. Das Argument ist nicht von der Hand zu weisen, daß Vorschläge für die völlige Entfernung der deutschen Industrie und die Herabsetzung des Landes zu einem landwirtschaftlichen Gebiet nur die logische Folge dieses Prinzips waren⁸⁰.

Abgesehen von diesem letzten, in seiner Zuspitzung aber sehr wichtigen Punkt lag die Bedeutung der Morgenthauschen Vorschläge nicht darin, daß sie neu waren, sondern daß sie die radikalsten Aspekte derjenigen Vorschläge, die schon vorher von Zeit zu Zeit gemacht worden waren, in einem großen Vorschlagskomplex zusammenfaßten. Vom internen Washingtoner Standpunkt gesehen, war die Tatsache, daß viele dieser Vorschläge nicht neu waren, sogar ein wichtiger taktischer Vorteil; Harry Whites Denkschrift vom 2. September enthielt die meisten der Einzelheiten, die von Morgenthau in London erwähnt worden waren⁸¹, zusammen mit der Forderung einer Zerstückelung Deutschlands (die nach Morgenthaus Meinung lediglich eine Rückkehr zu den Teheraner Grundsätzen bedeutete). Obwohl dieser erste Entwurf den größten Teil der Ruhr-Industrie noch nicht berührte⁸², war Whites Programm doch bereits höchst radikal⁸³. Sowohl die Vertreter des Außen-, als auch die des Kriegsministeriums nahmen daher sofort gegen die Vorschläge des

⁷⁷ Yalta Papers, S. 110ff., vgl. besonders die Vollmacht der Alliierten in Artikel 12.

⁷⁸ Harriman betonte diesen Punkt in seinem Bericht an den Präsidenten in bezug auf Halls Moskauer Besuch im Jahr 1943; Teheran Papers, S. 154. Hull sprach in Moskau von einem „erträglichen Lebensstandard“ für die Deutschen; Teheran Papers, S. 186. Angesichts der damaligen alliierten Stimmung sollte „erträglich“ wahrscheinlich kaum ein besonders hohes Niveau bedeuten.

⁷⁹ Scharfe Kritik an der ganzen Idee eines genau definierbaren „Lebensstandards“, besonders angesichts der unzulänglichen vorhandenen Daten, übt Penrose, a. a. O., S. 288f.

⁸⁰ Für ein Beispiel der damaligen Argumentation zu diesem Problem vgl. die Statistik der Produktion, des Verbrauches und der Einfuhr von Nahrungsmitteln im Vorkriegsdeutschland, die in Morgenthau, *Germany is our Problem*, Anhang ‚A‘, S. 207–210 angegeben ist. Die Statistik soll beweisen, daß, da der größte Teil des deutschen Verbrauches innerhalb Deutschlands erzeugt wurde, industrielle Kapazität und damit Ausfuhrkapazität ruhig entfernt werden könnten. Eine der Voraussetzungen für dieses Argument war freilich die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit, was aber Morgenthau gerade verhindern wollte.

⁸¹ Penrose, a. a. O., S. 251.

⁸² Vgl. dazu Dorn, a. a. O., S. 71.

⁸³ Whites Darstellung seines Dokumentes schien noch radikaler als der Plan selbst zu sein – jedenfalls war das die Meinung des Außenministeriums, Yalta Papers, S. 160.

Finanzministeriums Stellung, und nach einigen Vorbesprechungen wurde, anscheinend auf die Initiative von John McCloy hin, vereinbart, das Außenministerium ein neues Dokument ausarbeiten zu lassen, das dem Präsidenten als gemeinsame Empfehlung des Kabinettsausschusses vorgelegt werden könnte. Inzwischen sahen sich der Präsident und Morgenthau die Pläne noch einmal zusammen an, und mit Rücksicht auf Roosevelts Bemerkungen entschloß sich Morgenthau, einige seiner Punkte noch drastischer zu formulieren⁸⁴.

Andererseits mußte das Außenministerium in der Ausarbeitung seines nächsten Entwurfs vom 4. September nach einem Kompromiß suchen, der, wenn irgend möglich, für alle drei Ämter annehmbar wäre. Hull als Politiker war es klar, daß seine Fachleute, die schon seit Monaten für Mäßigung und gegen eine Teilung Deutschlands plädierten, Gefahr liefen, überstimmt zu werden⁸⁵. Es war ferner offenkundig, daß Morgenthaus Ideen denen des Präsidenten nahe standen. Angesichts der schwachen Position seines Ministeriums in Washington versuchte Hull daher einen offenen Konflikt zu vermeiden⁸⁶.

Der neue Entwurf, den Hull daraufhin am 5. September der ersten Voll-Sitzung des Kabinettsausschusses vorlegte, schlug vor, die Entscheidung über eine Teilung Deutschlands zu verschieben, aber jegliche freiwillige Neigung der Deutschen hinsichtlich einer Teilung zu unterstützen. Die Vereinigten Staaten sollten nicht versuchen, eine starke deutsche Wirtschaft nach dem Krieg aufzubauen. Im Gegenteil, Deutschlands Wirtschaftsmacht in Europa sollte prinzipiell gebrochen und seine Wirtschaft so arrangiert werden, daß eine zukünftige Waffenproduktion verhindert würde. Der deutsche Lebensstandard sollte auf ein Minimum herabgesetzt werden. Das Land sollte völlig entmilitarisiert, die Nationalsozialistische Partei aufgelöst, Kriegsverbrecher energisch bestraft und eine Kontrolle über das Erziehungswesen, die Presse und Nachrichten eingerichtet werden. Der Großgrundbesitz sollte aufgeteilt und Deutschland gezwungen werden, Reparationen zu zahlen⁸⁷.

Dieser vorsichtige Kompromiß fiel zwischen zwei Stühle. Für Morgenthau bedeutete er eine merkliche Abschwächung seiner eigenen Vorschläge. Da er vom Präsidenten selbst angespornt wurde, sogar noch weiter zu gehen, ist es nicht erstaunlich, daß er sich, wie Hull sagt, als unnachgiebig erwies⁸⁸. Auf der anderen Seite fand Stimson, daß Hulls Vorschläge sich von denen Morgenthaus nicht prin-

⁸⁴ Dies scheint der Ursprung der Vorschläge für die völlige Beseitigung der Industrie und die Zerstörung der Ruhrbergwerke zu sein, vgl. auch Hull, *Memoirs*, S. 1605.

⁸⁵ Eine solche Diskrepanz zwischen dem Urteil der Fachleute und der politischen Führung war nicht neu. Hull hat schon ein Jahr vorher mit Eden und Molotow darüber gesprochen; Hull, *Memoirs*, S. 1287.

⁸⁶ Es ist vielleicht bezeichnend für Hulls schwache Stellung, daß er versuchte, den englischen Einfluß auf den Präsidenten im Sinne der Mäßigung zu benutzen. Halifax berichtete am 2. September nach London, daß Hull hoffe, Churchill würde den Präsidenten gegen Morgenthau beeinflussen: ein hungerndes und bankrotttes Deutschland wäre weder im Interesse Großbritanniens noch Europas; Woodward, a. a. O., S. 471.

⁸⁷ Hull, a. a. O., S. 1608 f.; Stimson and Bundy, a. a. O., S. 569–571.

⁸⁸ Hull, *ebd.*

ziptuell unterschieden, und daß er allein es war, der das wirtschaftliche Programm radikal ablehnte. Er war auch mit Hulls Gedanken an ein minimales Existenzniveau nicht einverstanden. Das würde, meinte er, auf eine Versklavung des ganzen deutschen Volkes hinauslaufen. Die Sitzung endete, ohne daß sich die drei Ministerien einer Einigung genähert hatten; Stimson ließ ein Memorandum zirkulieren, in dem er seine Einwände gegen Morgenthau im einzelnen wiederholte. Dessen Vorschläge würden nicht nur einen neuen Krieg nicht verhüten, so schrieb er, sondern im Gegenteil neue Unruhen hervorrufen. Die Schuld der Nazis würde nur verdunkelt und prodeutsche Sympathien in aller Welt erweckt werden. Die Vernichtung der deutschen Industrie würde die Wirtschaft von ganz Westeuropa, die deutsche Industrieprodukte nach dem Kriege dringend brauche, ernstlich beeinträchtigen. Deutschland habe im Augenblick eine Bevölkerung von 50 Millionen Menschen mehr, als es durch Landwirtschaft allein versorgen könnte. Es wäre einfach nicht möglich, die Ruhr in ein totes Gebiet in der Mitte eines der wichtigsten Industriekontinente der Welt zu verwandeln⁸⁹.

Am nächsten Tag, dem 6. September, versammelte sich der Kabinettsausschuß unter Vorsitz des Präsidenten. Morgenthau bestand auf seinen Ansichten und verlangte anscheinend auf dieser Sitzung zum erstenmal in aller Form die Vernichtung der gesamten Ruhr-Industrie⁹⁰. Roosevelt erwähnte die Notwendigkeit einer Lösung, die Großbritannien in seinen erwarteten wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach dem Krieg half. Die nächste Sitzung fand am 9. September statt. Morgenthau argumentierte in einem neuen Schriftstück, daß, wenn der Präsident Sorgen um Großbritannien habe, seine Vorschläge das beste Hilfsmittel wären. Denn wenn die Ruhr-Industrie einmal zerstört sei, sagte er, könnte Großbritannien die deutschen Ausfuhrmärkte übernehmen. Morgenthau sprach sich auch gegen Stimsons Bemerkung aus, daß die deutsche Industrie für die wirtschaftliche Gesundheit Europas notwendig sei. Auch auf dieser Sitzung kam man zu keiner Einigung, und das einzige Ergebnis war, daß Hopkins die Wichtigkeit einer Dreimächteübereinstimmung in Angelegenheiten dieser Art unterstrich.

Das Resultat der Debatte stand daher noch aus, als Roosevelt zu weiteren Treffen mit Churchill vom 11. bis 16. September nach Quebec abfuhr. Am 12. September berief der Präsident Henry Morgenthau dorthin, und am Abend des 13. unterbreitete der Finanzminister seine Ansichten dem britischen Premierminister. Weder Hull noch Eden waren anwesend; Churchill scheint nach der Meinung des Foreign Office gar nicht gefragt zu haben⁹¹. Inzwischen hatte das War Cabinet in London entschieden, daß die Idee des Präsidenten, das Chaos in Deutschland regieren zu lassen, als Bestrafung einfach untauglich sei. Die alliierten Handlungen würden nicht als eine gerechte Strafe, sondern als Verhängung zwecklosen und wahllosen Leidens erscheinen. Zudem würden solche Maßnahmen keinen wirtschaftlichen Beitrag Deutschlands zum Wiederaufbau Europas ermöglichen; im Gegenteil, die

⁸⁹ Stimson and Bundy, a. a. O., S. 570–573.

⁹⁰ Snell, a. a. O., S. 85.

⁹¹ Woodward, a. a. O., S. 472.

Alliierten würden vielleicht gezwungen sein, Deutschland selbst zu versorgen, wenn auch nur deshalb, weil die alliierten Soldaten den Anblick hungernder Kinder nicht ertragen würden⁹². Dieser Entscheid wurde am 14. nach Quebec übermittelt. Der Premierminister hat ihn aber nicht vor den Gesprächen über Deutschland zu sehen bekommen. Auf jeden Fall und trotz des zugkräftigen Arguments, daß die Entfernung der Industrie automatisch die Wiedergeburt einer deutschen Kriegsmacht unmöglich machen würde, war Churchills erste Reaktion auf die Morgenthau-Vorschläge eine scharfe Ablehnung. Morgenthau erzählte später: „Nie in meinem Leben habe ich eine solche mündliche Züchtigung erhalten.“⁹³ Churchill lehnte es entschieden ab, daß „England an eine Leiche gefesselt“ würde⁹⁴. Aber wie Churchill selbst lakonisch berichtet, „. . . der Präsident zusammen mit Mr. Morgenthau – von dem wir viel zu verlangen hatten – beharrten so sehr darauf, daß wir uns endlich darauf einließen“, die Pläne zu prüfen⁹⁵. Nachdem Churchill verschiedene Versionen abgelehnt hatte, akzeptierte er eine Zusammenfassung, die er und der Präsident dann paraphierten⁹⁶. Sie lautete⁹⁷:

„In einer Konferenz zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister über den besten Weg, eine Wiederaufrüstung Deutschlands zu verhindern, war man sich darüber einig, daß ein wesentlicher Aspekt der künftige Zustand des Ruhr- und des Saargebiets sei.

Die Leichtigkeit, mit der die metallurgischen, chemischen und elektrischen Industrien Deutschlands von Friedens- zur Kriegsproduktion umgestellt werden können, wurde uns bereits durch bittere Erfahrung eingeprägt. Auch darf man nicht vergessen, daß die Deutschen einen großen Teil der Industrie Rußlands und anderer alliierter Staaten zerstört haben. Es ist nur gerecht, daß diese Länder, die Schaden erlitten haben, berechtigt sein sollen, die Maschinerie zu entfernen, die sie brauchen, um ihre Verluste wiedergutzumachen. Die schon erwähnten Industrien im Ruhr- und Saargebiet würden also notwendigerweise außer Dienst gestellt und geschlossen werden müssen. Man war der Meinung, daß diese beiden Gebiete einer Körperschaft im Rahmen der Weltorganisation unterstellt werden sollten, die die Demontage dieser Industrien überwachen und gleichzeitig aufpassen würde, daß sie nicht wieder unter irgendeinem Vorwand aufgebaut werden.

Dieses Programm der Beseitigung der Kriegsindustrien im Ruhr- und im Saargebiet faßt die Verwandlung Deutschlands in ein Land ins Auge, das in erster Linie einen landwirtschaftlichen und ländlichen Charakter hat.

⁹² Woodward, a. a. O., S. 471.

⁹³ Morgenthau, Our Policy Towards Germany, New York Post vom 29. 11. 1947.

⁹⁴ Yalta Papers, S. 134; Hull, a. a. O., S. 1615.

⁹⁵ Churchill, a. a. O., Bd. VI., S. 138.

⁹⁶ Wir haben Morgenthaus Wort dafür, daß diese Version Churchills eigene war. Yalta Papers, S. 135; vgl. auch Henry Morgenthau Jr., Postwar Treatment of Germany, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, July 1946, S. 126.

⁹⁷ Text in Stimson and Bundy, a. a. O., S. 576f.; Feis, Churchill, Roosevelt and Stalin, S. 369f.; Morgenthau, Postwar Treatment of Germany, ebd.

Der Premierminister und der Präsident haben diesem Programm zugestimmt.

O.K.

FDR

WSC

15. 9.“

Dies war ein Dokument, das sich indessen von Henry Morgenthau Washingtoner Vorschlägen gründlich unterschied. Der Text war nicht nur kürzer und die Ausdrucksweise vorsichtiger, sondern viele der ursprünglichen Vorschläge waren völlig weggefallen. So war z. B. weder die Teilung Deutschlands erwähnt noch die Bestrafung der Kriegsverbrecher. Der ausschlaggebende Punkt über die Verwandlung Deutschlands in ein landwirtschaftliches Gebiet blieb, aber auch hier war die Quebecer Formulierung schwächer als das Original. Morgenthau hatte von der Entfernung der ganzen Industrie der Saar und Ruhr und der Kohlenbergwerke gesprochen. Churchills kürzere Version dagegen bezog sich nur auf „metallurgische, chemische und elektrische Industrien“. Das Ausmaß und die Verteilung von Reparationen wurden auch nicht erwähnt.

Das Quebec-Dokument war auch in keiner Weise ein international gültiger Vertrag. Es war einfach eine Vorsatzerklärung und wurde weder dem britischen Kabinett⁹⁸ noch dem amerikanischen Senat zur Annahme vorgelegt. Da keine Konsultationen mit den Russen stattfanden, konnte es auch kaum als eine maßgebende interalliierte Erklärung angesehen werden. Als die Pläne fallengelassen wurden, war ein formeller Akt dafür offenbar weder in Washington noch in London notwendig.

Aber gleichwohl bleibt die Frage: warum hat der Premierminister trotz anfänglicher Ablehnung dann doch diese verkürzte und geschwächte Version paraphiert? Nach Hulls Andeutung⁹⁹ war es ein einfacher „Pferdehandel“. Eines der englischen Hauptziele in Quebec bestand darin, amerikanische Munition und Versorgung im Wert von 6,5 Milliarden Dollars für die Zeit nach dem Ende des Kampfes in Europa zu sichern. Die Engländer paraphierten den Morgenthau-Plan, und die Amerikaner versprachen die Kredite¹⁰⁰. Aber ebenfalls nach Hulls Angabe hat Morgenthau stets bestritten, daß ein solcher Handel getrieben wurde. Und der Verfasser der offiziellen Geschichte der englischen auswärtigen Politik in dieser Periode stellt fest, daß „kein Beweis in den britischen Archiven vorliegt, daß der Premierminister es in diesem Licht gesehen habe“¹⁰¹. Morgenthau selbst erklärt, es sei ihm gelungen,

⁹⁸ Siehe Churchills Rede vom 21. 7. 1949 im House of Commons, Hansard Bd. 467, Spalte 1605.

⁹⁹ Hull, a. a. O., S. 1613 f.

¹⁰⁰ Der Präsident paraphierte ein Memorandum über Munitions-Lieferungen im Wert von etwa \$ 5,5 Milliarden und weiteren \$ 3 Milliarden an Nahrungsmitteln, Rohmaterial, Schiffen und Maschinerie nach Großbritannien während der ersten 12 Monate nach dem Sieg über Deutschland. In späteren Verhandlungen in Washington wurde man sich darüber einig, die Globalsumme auf \$ 5,5 Milliarden zu reduzieren. Die amerikanischen Verpflichtungen sind auseinandergesetzt in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, Bd. I, Washington 1960, Dokumente 537, 538, S. 806 ff.

¹⁰¹ Woodward, a. a. O., S. 473, Fußnote 1. Während seines Besuches im August in Lon-

die Unterstützung von Churchills Berater Lord Cherwell zu bekommen, und dieser habe den Premierminister besonders durch das Argument überzeugen können, daß der Morgenthau-Plan Großbritannien vom deutschen Wettbewerb in den Eisen- und Stahlmärkten der Welt befreien würde¹⁰². Churchills Erklärung im Kriegskabinetts stimmt hiermit überein¹⁰³. Er schrieb am 15. September, die Amerikaner sprächen von ihrer Absicht, die britischen Ausfuhren zu vergrößern, um den Verlust des englischen Auslandsvermögens gutzumachen. Würden die Stahlfabriken in Ruhr- und Saargebiet demontiert, so würden die Russen einen großen Teil der Maschinen als Reparationen fordern, und diese Waffenwerke wären außer Betrieb. Die Waren, die diese Produktionszentren vormals im Wert von 300–400 Millionen pro Jahr geliefert hätten, würden dann zum größten Teil von Großbritannien ersetzt. Der Premierminister fügte hinzu, er glaube, das entscheidende Argument wäre das der deutschen Abrüstung. Die Vorteile für Großbritannien folgten von selbst.

Trotzdem schließen diese beiden Versionen einander nicht unbedingt aus. Selbst wenn kein einfacher angloamerikanischer Tauschhandel getrieben wurde und wenn für Churchill das Entwaffnungsargument entscheidend war, so heißt das doch nicht, daß kein Element von *quid pro quo* im Spiele war. Wir haben ja Churchills eigenen Hinweis: „der Präsident mit Mr. Morgenthau – von dem wir viel zu verlangen hatten . . .“. Schon seit Monaten hatte die britische Regierung versucht, die amerikanische Verwaltung von der Wichtigkeit der langfristigen britischen Wirtschaftsprobleme zu überzeugen¹⁰⁴. Und es gab, vom britischen Standpunkt gesehen, gewisse Vorteile in einer Verhandlung mit Morgenthau. Er war bereit, Großbritannien Kredit ohne viele Bedingungen zu gewähren. Hull dagegen wollte den Kredit von der allmählichen Abschaffung der Empire-Präferenzen abhängig machen¹⁰⁵. Die Engländer müssen sich der Schwierigkeiten, die ihre Bitte um Kredite besonders im Kongreß hervorrufen würde, klar bewußt gewesen sein, und die Quebec-Verhandlungen sind daher sicherlich äußerst sorgfältig von der Botschaft in Washington vorbereitet worden. Auch die Häufigkeit, mit der die englischen Nachkriegsschwierigkeiten in Washington und Quebec erwähnt wurden, spricht dafür¹⁰⁶. Es

don sagte Morgenthau nichts, das angedeutet hätte, daß er eine solche Art von Erpressung betrieb; Penrose, a. a. O., S. 256.

¹⁰² Vgl. Morgenthaus Bericht an Hull und Stimson in Washington am 20. September, Yalta Papers, S. 134.

¹⁰³ Woodward, a. a. O., S. 472.

¹⁰⁴ Sayers, *Financial Policy 1939–1945*, S. 465–467.

¹⁰⁵ Hull, a. a. O., S. 1614. Vom britischen Standpunkt aus hätte dies bedeutet, daß das, was mit einer Hand gegeben wurde, mit der anderen wieder weggenommen worden wäre. Es paßte einigen Leuten in Whitehall sowieso nicht, daß um Hilfe gebeten werden mußte. Durch seinen Beitrag zum Krieg, glaubten sie, war Großbritannien berechtigt, Unterstützung zu empfangen, und sollte nicht darum als um eine Gunst bitten müssen. Von diesem Standpunkt aus gesehen war es um so ärgerlicher, mit ansehen zu müssen, wie Hull seinen Vorurteilen über Empire-Präferenzen nachging, statt Englands Wirtschaftsschwierigkeiten in weiterer Sicht zu beurteilen.

¹⁰⁶ Dies wurde nicht nur vom Finanzministerium erkannt. Stimsons Memorandum vom 9. September z. B. betonte auch die Notwendigkeit, England zu helfen; Hull, a. a. O., S. 1610.

muß auch völlig klar gewesen sein, obgleich es vielleicht in Quebec unausgesprochen blieb, daß nach einem Ausfall des deutschen Wettbewerbs Großbritannien weniger Wirtschaftshilfe brauchen würde. Die Hilfe wäre dann auch leichter zu haben: Amerika würde lieber eine einzige, endgültige Lösung unterstützen, als ein ewiges Lückenstopfen auf sich nehmen. Darüber hinaus trüge eine schnelle Erholung Englands dazu bei, amerikanische Verpflichtungen in Europa zu begrenzen.

Kaum war jedoch das Quebec-Dokument paraphiert, als die Opposition dagegen wuchs. Eden, der am 15. zur Konferenz kam, lehnte es ab, irgend etwas mit dem Dokument zu tun zu haben. Churchill selbst war offenbar über den wahrscheinlichen Eindruck in London beunruhigt¹⁰⁷. Mitte November versicherten Churchill und Eden de Gaulle, daß keine Entscheidungen in Quebec getroffen worden seien¹⁰⁸. Als der Quebec-Text in London ankam und im einzelnen von den Wirtschaftsplanungsstellen geprüft wurde, ergab sich ein vernichtendes Urteil. Der Plan würde 2 Millionen der Vorkriegsbevölkerung von 6½ Millionen in den betroffenen Gebieten arbeitslos machen. Die vorhandene Landwirtschaft könnte nicht so viele zusätzliche Arbeiter aufsaugen, und Arbeit müßte auch für weitere 3–5 Millionen Menschen aus den Ostgebieten, die Deutschland verlieren sollte, gefunden werden. Da das Ruhr- und Saargebiet normalerweise 60% der deutschen Ausfuhr liefere, würde der Morgenthau-Plan keine Reparationen ermöglichen, und Deutschland würde für längere Zeit Einfuhren brauchen, die es dann nicht bezahlen könnte. England hätte dabei wenig Vorteil. Die Vernichtung der deutschen Produktionskapazität müsse auch seine normalen Handelspartner treffen; Großbritannien könnte vielleicht einen größeren Teil der ehemaligen deutschen Ausfuhrmärkte übernehmen, aber der Nettogewinn würde kaum mehr als 30 Millionen betragen, keineswegs die 300–400 Millionen, die der amerikanische Plan vorsehe. Es ließen sich zwar Reparationen durch den Abtransport einiger Fabriken erzielen, dagegen würde jeder Gewinn aus der laufenden Produktion wegfallen¹⁰⁹. Das Foreign Office fügte hinzu, daß das am schwersten betroffene Gebiet in der britischen Zone liegen, es also hier die größte Arbeitslosigkeit geben würde. Eden meinte, man brauche den ganzen Vorschlag nicht weiter zu verfolgen, es sei denn, der Präsident griffe ihn wieder auf.

Dies schien aber mehr und mehr unwahrscheinlich zu werden, denn in Washington wurde das Quebec-Memorandum genauso angegriffen. Hull und Stimson legten persönlich beim Präsidenten Protest ein. Stimsons Mitarbeiter, John McCloy, wies darauf hin, daß der Inhalt mit der Atlantik-Charta, die unter anderem allen Ländern, einschließlich der besiegten, gleichen Zugang zu Welthandel und Rohmate-

¹⁰⁷ Churchill sagte zu Eden, er dürfe sich nicht gegen die Vorschläge beim Kriegskabinetten wenden, bevor er nicht selbst Gelegenheit gehabt hätte, mit dem Kabinetten darüber zu sprechen; Yalta Papers, S. 135, 137.

¹⁰⁸ Memorandum über die Gespräche vom 11. 11. 1944 zwischen Churchill, Eden und de Gaulle; de Gaulle, *Mémoires de Guerre, Le salut 1944–1946*, Paris 1949, S. 350 ff. Churchill scheint in diesem Punkt sehr entschieden gewesen zu sein, selbst wenn man unterstellt, daß er im Gespräch mit den Franzosen die Quebec-Diskussionen bagatellisieren wollte.

¹⁰⁹ Woodward, a. a. O., S. 473, Fußnote 2.

rial verspreche, völlig unvereinbar sei. Stimson selbst schickte dem Präsidenten ein Memorandum, in dem er behauptete, dieser Plan sei ein Vergehen der gleichen Art wie das der Deutschen selbst: er stehe im Widerspruch zu jeglichen Grundsätzen der Alliierten; er würde Leiden und Tod für Millionen bedeuten; er würde von der Welt als blinde Rache an den Deutschen betrachtet werden; er müsse große Verbitterung unter den Betroffenen hervorrufen. Er sei also „ein offenes Bekenntnis des Bankrotts jeder Hoffnung für eine vernünftige Politik zur Verhütung eines zukünftigen Krieges“¹¹⁰.

Am gleichen Tage, dem 21. September, wurde der erste Bericht über die Affäre vom amerikanischen Kolumnisten Drew Pearson veröffentlicht. Die Pressereaktion war in ungewöhnlicher Weise überwältigend anti-Roosevelt. Ein Bericht im Manchester Guardian sagte, die Prüfung von 33 amerikanischen Zeitungen ergebe, daß 25 den Plan ablehnten¹¹¹. Es waren kaum sechs Wochen bis zur Präsidentenwahl, und es begann so auszusehen, als ob die Quebec-Dokumente ein gewichtiges Hindernis im Wahlkampf bilden könnten, um so mehr, als in den öffentlichen Diskussionen kein Unterschied zwischen dem ursprünglichen Morgenthau-Plan und dem viel begrenzteren Quebec-Dokument gemacht wurde. Die deutsche Propaganda stürzte sich auf die Nachricht; es schien, als ob das Resultat eine direkte Verstärkung des deutschen Widerstandes und daher eine Verlängerung des Krieges sein könnte.

Vier Tage später übersandte Hull dem Präsidenten eine Denkschrift, in der er darauf hinwies, man solle eine Einigung mit Russen und Engländern erzielen, ehe man mit den in Quebec entworfenen Plänen fortfahre. Die EAC sei ins Leben gerufen worden, um diese Probleme zu studieren, und jede andere Verfahrensmethode würde die Schwierigkeiten des Militärs und der Kontrollbeamten gewaltig vergrößern. Es bestand kein Anzeichen dafür, daß die britische Regierung mit einer völligen Ausmerzungen der industriellen Kapazität der Ruhr und Saar einverstanden sein würde. Niemand wußte genau, was die Russen wirklich dachten¹¹². Sollte man nicht versuchen, ihre Meinung zu sondieren, etwa durch die EAC¹¹³? Hull unter-

¹¹⁰ Stimson and Bundy, a. a. O., S. 579.

¹¹¹ Manchester Guardian 4. 10. 1944, die Kommentare in Großbritannien waren auch nicht freundlicher. Arthur Bryant warnte davor, daß der Frieden nicht „so bedrückend und demütigend gemacht werden sollte, daß künftige deutsche Generationen bereit sein würden, in den Tod zu gehen, um ihn zu zerstören“; Illustrated London News, Bd. CCV, 11. 11. 1944. Ende Januar 1945, nachdem die Morgenthau-Pläne längst fallengelassen worden waren, argumentierte die Times noch immer gegen „die phantastisch extremen Maßnahmen, die Herrn Morgenthau zugeschrieben worden sind“, The Times 29. 1. 1945.

¹¹² Tatsächlich scheinen die Russen nicht sehr sicher gewesen zu sein, welche Linie sie einschlagen sollten; L. Kochan, L'URSS et la partage de l'Allemagne en zones d'occupation, in: Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale, Nr. 46 (April 1962), S. 13ff. Am 10. November schrieb das Außenministerium, die Russen wollten nicht die Demontage der Industrie, sondern forderten umfassende soziale und politische Reformen; Yalta Papers, S. 167–169. Aber am 20. Januar sagte Maisky in Moskau zu Harriman, daß Deutschland geteilt und die deutsche Schwerindustrie streng reduziert werden sollte; Yalta Papers, S. 175–178.

¹¹³ Dieses Memorandum ist in den Yalta Papers, S. 142. Eine Zusammenfassung bei Hull, a. a. O., S. 1616f.

strich sein Argument, als er mit dem Präsidenten einige Tage später sprach: der Morgenthau-Plan sei untragbar. Nur 60% der Deutschen könnten sich landwirtschaftlich ernähren, die anderen 40% würden sterben¹¹⁴.

Roosevelt begann nachzugeben. Hull zufolge wies er darauf hin, daß er nicht an den Plan gebunden sei¹¹⁵. Nach einem Telefongespräch mit dem Präsidenten am 27. September glaubte Stimson, Roosevelt sei zu der Überzeugung gekommen, er habe einen Fehler gemacht, und versuche nun, sich herauszureden¹¹⁶.

Das Trommelfeuer hielt an. Am 29. September schickte Hull dem Präsidenten eine weitere Denkschrift¹¹⁷, in der er wiederholte, wie weit die interalliierten Verhandlungen über Deutschland, besonders im EAC, gediehen seien. Im Hinblick auf die Wirtschaftsmaßnahmen schlug Hull die Vernichtung solcher deutscher Fabriken vor, die nicht für friedliche Zwecke benutzt werden könnten. Die deutsche Wirtschaft solle nicht autark sein, sondern auf den Weltmarkt eingestellt werden. Die Macht der Großindustriellen und der Gutsbesitzer solle gebrochen und eine Kontrolle über Handel und Schlüsselindustrien eingerichtet werden, um eine Wiederaufrüstung zu verhindern.

Der Präsident war nun in vollem Rückzug. Am gleichen Tag antwortete er auf Hulls Memorandum vom 25. Diese Antwort war mehr oder weniger ein reines Defensivmanöver¹¹⁸. Niemand, so sagte der Präsident jetzt, wolle die völlige Ausmerzungen der Ruhr- und Saarproduktionskapazität. Die Gebiete sollten vielleicht total kontrolliert werden. Man dürfe nicht übersehen, daß die Deutschen vor dem Krieg genug Industrie gehabt hätten, um sowohl ihren Handel zu führen, als auch zugleich aufzurüsten. Amerika könne nun nicht dabeistehen und Großbritannien wirtschaftlich zusammenbrechen sehen, während Deutschland anfangs, sich für einen nächsten Krieg in 20 Jahren vorzubereiten. Er wolle auch nicht, daß irgend jemand – weder das Außenministerium noch ein anderes Amt – im Moment bei den Russen oder Briten sondiere. Auf jeden Fall nicht im EAC, „das in dieser Beziehung auf drittrangiger, nicht einmal zweitrangiger Ebene liegt“. Als Stimson den Präsidenten am 5. Oktober wieder sah, waren die Morgenthau-Pläne praktisch tot. „Der Präsident“, sagte Stimson, „grinste, machte ein dummes Gesicht und sagte: ‚Henry Morgenthau hat ‚nen ziemlichen Schnitzer gemacht‘.“ Als Stimson den Quebecer Absatz vorlas, der davon sprach, Deutschland in ein landwirtschaftliches Gebiet zu verwandeln, schien der Präsident ehrlich verblüfft und sagte, er habe keine Ahnung, wie er dieses hätte paraphieren können, und daß er es offensichtlich ohne viel Überlegung getan habe¹¹⁹.

Diese Erklärung kann nicht ernst genommen werden. Einfache Gedankenlosig-

¹¹⁴ Hull, ebd.

¹¹⁵ Hull, a. a. O., S. 1618.

¹¹⁶ Stimson and Bundy, a. a. O., S. 580.

¹¹⁷ Yalta Papers, S. 157 f.

¹¹⁸ Yalta Papers, S. 155; Hull, a. a. O., S. 1619.

¹¹⁹ Stimson and Bundy, a. a. O., S. 581. Vgl. auch Hull, der Stimson zitiert, Hull, a. a. O., S. 1621.

keit ist mit der Art und Weise, in der Roosevelt Morgenthau unterstützte und ermutigte und sich über jede Opposition in Washington, auch über Churchills Zweifel hinwegsetzte, völlig unvereinbar. Es mag sein, daß der Präsident über die Fundamente der Deutschland-Planung nicht genügend informiert war¹²⁰. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß Roosevelt tatsächlich für eine kurze Zeit die Vorschläge als ein Mittel ansah, mehrere seiner unangenehmsten Probleme auf einmal zu lösen.

Als der Präsident den Plan fallenlassen mußte, traten ganz andere Überlegungen in den Vordergrund. Es wurde wichtig, sowohl für die Nation als auch für ihn selbst, daß das Ansehen des Präsidenten nicht litt. Der Fehlschlag bestätigte den Präsidenten in seiner alten Ansicht über die Gefahren eines Versuches, interalliierte Verabredungen über das Nachkriegsdeutschland herbeizuführen. Erst mußte gesiegt werden; bis dahin würden die Vorbedingungen für eine wirksame und brauchbare alliierte Entscheidung vielleicht gegeben sein. Am 20. Oktober schrieb Roosevelt an Hull, daß es keine Eile mit der Deutschlandplanung hätte. „Ich mache nicht gern detaillierte Pläne für ein Land, das wir noch nicht besetzt haben.“ Sogar über die Teilung Deutschlands sollte noch keine Entscheidung getroffen werden¹²¹. Wieder einmal blieb die Ansicht des Außenministeriums unberücksichtigt, daß, wenn Deutschland einmal besetzt sei, es zu spät sein würde, die Russen vertraglich festzulegen. Besonders dann – und diese Möglichkeit bestand durchaus –, wenn sie den bei weitem größten Teil Deutschlands besetzt hätten¹²². Einige Tage später befahl Roosevelt der Civil Affairs Division im Kriegsministerium, mit der Deutschlandplanung aufzuhören¹²³. Mitte November sagte er zum amtierenden Außenminister Stettinius, daß einige Fragen auf eine spätere Entscheidung warten müßten, da man nicht wisse, wie die Zustände in Deutschland wirklich wären¹²⁴. Am 4. Dezember schrieb er sogar, daß es Deutschland erlaubt sein solle, „sich industriell bis zur Selbstversorgung zu erholen; aber bis auf weiteres keine Ausfuhr zu betreiben“, und daß sich die Vereinigten Staaten gegen die Forderung von Reparationen einsetzen würden¹²⁵.

Worin lag also die langfristige Bedeutung der Morgenthau-Vorschläge? Hull und Stimson und seither viele andere haben argumentiert, daß der Plan deutliche Merkmale in der Deutschlandplanung sowohl während des Krieges als auch später hinterlassen und auf deutscher Seite den Widerstand verstärkt habe. Die erste Schwierig-

¹²⁰ So Stimson and Bundy, a. a. O., S. 575. Noch viel später, kurz vor Yalta, hat sich Roosevelt nicht genügend über Deutschland orientiert. Außenministeriumsdokumente zur Lage wurden nicht richtig durchgelesen; Byrnes, a. a. O., S. 22f. Es gab jedes Mal wichtigere Probleme, die zur Entscheidung drängten.

¹²¹ Yalta Papers, S. 158f.; Hull, a. a. O., S. 1621.

¹²² Am Ende des Jahres nahm Hopkins die Sorge von Winant sehr ernst, daß, wenn die Zonengrenzen nicht bald festgelegt würden, die Russen nach Erreichen ihrer Zonengrenzen einfach weiter vorstoßen könnten; Stettinius, a. a. O., S. 60.

¹²³ Mosely, *The Occupation of Germany*, S. 596.

¹²⁴ Yalta Papers, S. 172.

¹²⁵ Yalta Papers, S. 174.

keit hier ist eine Frage der Terminologie. Der Ausdruck „Morgenthau-Plan“ mag an sich einen falschen Eindruck geben. Wenn das Wort „Plan“ einen besonderen, fest umrissenen Planungsvorschlag bedeutet, so hat es einen solchen nie gegeben. Denn insofern die Vorschläge des Finanzministeriums, die Morgenthau mit nach Quebec nahm, den Plan ausmachten, wurden diese Vorschläge weder in Washington noch in London akzeptiert. Und im paraphierten Quebec-Dokument fehlten viele der wichtigsten Punkte des „Planes“. Man muß auch zwischen den Vorschlägen Morgenthaus vom September 1944 und den Ansichten und Handlungen von Morgenthau selbst unterscheiden. Denn auch nachdem seine Vorschläge fallengelassen wurden, plädierte Morgenthau weiterhin für einen „harten“ Frieden¹²⁸, und der Konflikt in Washington über die Grundlinien einer Deutschlandpolitik ging weiter. Der Morgenthau-Plan selbst beeindruckte Leute außerhalb des Finanzministeriums weniger als die allgemeine Stimmung für einen „harten“ Frieden und die Entschlossenheit des Präsidenten, hart zu sein. Beide Faktoren waren von den eigentlichen Morgenthau-Plänen unabhängig; sie wurden weder von ihnen hervorgerufen noch durch ihr Fallenlassen beseitigt¹²⁷.

Die fortdauernden Meinungsverschiedenheiten in Washington spiegeln sich in den Diskussionen¹²⁸ über die politische Erklärung wider, die dem amerikanischen Oberbefehlshaber in der Verwaltung Deutschlands als Richtlinie dienen sollte. Diese Erklärung wurde als Dokument JCS 1067 bekannt¹²⁹. Anfang September bestanden Hopkins und McCloy darauf, daß wenigstens vorläufige Richtlinien für den Fall eines plötzlichen deutschen Zusammenbruchs festgelegt würden¹³⁰. Am 22. September legte McCloy einem interministeriellen Ausschuß einen Entwurf vor, den er im Benehmen mit dem Finanzministerium ausgearbeitet hatte¹³¹.

¹²⁶ Yalta Papers, S. 165. Im Januar sagte Morgenthau noch immer, daß Europa kein starkes industrielles Deutschland brauche; daß die Zerstörung der deutschen Waffenindustrie nicht von sich aus bedeuten müsse, Deutschland könne keinen neuen Krieg anfangen; daß ein milder Frieden nicht genügen würde, dem Aufbau einer Demokratie in Deutschland zu helfen; und daß die Verwandlung Deutschlands in ein landwirtschaftliches Gebiet nicht bedeute, die Deutschen hungern zu lassen; Yalta Papers, S. 176 ff. Als er nach dem Krieg seine Argumente der Öffentlichkeit vorlegte, wiederholte Morgenthau: „Deutschlands Weg zum Frieden führt über den Bauernhof“, Morgenthau, *Germany is Our Problem*, S. 48.

¹²⁷ „Hart mit den Deutschen zu sein, erschien vielen Amerikanern als militärische und patriotische Tugend“; Norbert Muhlen, *America and American Occupation in German Eyes*, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Bd. 295 (Sept. 1954), S. 54. Vgl. auch John L. Chase, *Unconditional Surrender Reconsidered*, in: *Political Science Quarterly* 70 (1955/56), S. 258.

¹²⁸ Kurze Berichte hierüber sind zu finden bei Paul Y. Hammond, *Directives for the Occupation of Germany, The Washington Controversy*, in: Harold Stein (Hrsgb.), *American Civil-Military Decisions, a Book of Case Studies*, University of Alabama Press, 1965. Snell, a. a. O., S. 90 ff., S. 176–182; H. Feis, *Between War and Peace, The Potsdam Conference*, Princeton 1960, S. 56, Anm. 6.

¹²⁹ Geschäftsvermerk des Komitees der Stabschefs der drei Wehrmachtsteile (Joint Chiefs of Staff).

¹³⁰ Yalta Papers, S. 162.

¹³¹ Der Text befindet sich in Yalta Papers, S. 143–154.

Harry White gab dem Entwurf seine volle Zustimmung¹³². Das Dokument ging am 27. September an Eisenhower als Oberbefehlshaber der alliierten Expeditionstreitkräfte. Im Laufe der folgenden Monate wurden jedoch nicht nur die eigentlichen Morgenthau-Pläne fallengelassen, sondern es wurde auch klar, daß ihre Einzelheiten nicht mehr Gegenstand der Tagesordnung bilden würden, besonders nicht jene, die Morgenthau eigenstem Denken entstammten, wie z. B. die Forderung einer Vernichtung der deutschen Industrie überhaupt sowie der Vorschlag der Re-Agrarisierung. Auf der Yalta-Konferenz wurden sich die Alliierten darüber einig, den Teil der deutschen Industrie, welcher der Waffenproduktion diene, zu vernichten oder zu kontrollieren; sie stimmten auch darin überein, daß alle Reparationsentnahmen aus dem deutschen nationalen Eigentum „hauptsächlich dazu dienen sollten, das deutsche Kriegspotential zu vernichten“¹³³. Dies klang sehr anders als die Morgenthau-Pläne. JCS 1067 wurde neu entworfen und nach weiteren Besprechungen in seiner endgültigen Fassung endlich am 14. Mai Eisenhower übermittelt. Entmilitarisierung, industrielle Abrüstung, Reparationen, Entnazifizierung, dies alles blieb natürlich; aber das Dokument besagte auch, daß Wirtschaftskontrollen bezwecken sollten, die Produktion und die Instandhaltung von Wirtschaftswerten zu sichern, die zur Verhütung von Hunger und Seuche erforderlich wären. Über Einfuhren sagte die Denkschrift kurz und recht vage, daß sie „streng begrenzt“ werden sollten¹³⁴. Beide Bestimmungen konnten positiv ausgelegt werden. Tatsächlich hatte sich die politische Linie seit September gründlich geändert. Als die Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 zusammentraf, waren die Alliierten noch mehr von den Morgenthau-Vorschlägen abgerückt. Das Protokoll der Konferenz sprach von der Notwendigkeit, das deutsche Kriegspotential zu eliminieren, die Industrie zu dezentralisieren und die Produktion zu kontrollieren und zu begrenzen. Es wurde aber auch erklärt, daß Deutschland selbst nach der Zahlung von Reparationen in der Lage sein müßte, ohne auswärtige Hilfe zu existieren¹³⁵.

¹³² Yalta Papers, S. 140.

¹³³ Vgl. Yalta Communiqué (Yalta Papers, S. 968 ff. Dieses Communiqué wurde als Department of State Press Release 239 am 24. 3. 1947 veröffentlicht). Vgl. auch das Yalta-Protokoll, Yalta Papers, S. 975 ff. London: Cmd. 7088, 1947. In den vorherigen Diskussionen sprach nicht einmal Maisky (und die Russen nahmen zu dieser Zeit die radikalste Stellung in Reparationsfragen ein) davon, Deutschland in einen Agrarstaat zu verwandeln; Yalta Papers, S. 702 f., 707, 808 f.

¹³⁴ Der Text von JCS 1067 wurde am 17. 10. 1945 bekannt gegeben und ist im State Department Bulletin Bd. XIII (1945), S. 596–607 zu finden; Hajo Holborn, *American Military Government, Its Organization and Policies*, Washington 1947, Anhang VIII, S. 157–172; *The Axis in Defeat*, State Department, Washington 1946, S. 40–59. Auszüge dieses Dokumentes stehen in B. Ruhn v. Oppen, *Documents on Germany under Occupation 1945–1954*, Oxford 1955, S. 13–27. Die Klausel über begrenzte Einfuhren ist in JCS 1067 Absatz 21 zu finden. Vgl. auch Feis, *Between War and Peace*, S. 56, Anm. 6.

¹³⁵ Protocol of the Proceedings of the Berlin Conference, *Foreign Relations of the United States*, Diplomatic Papers, The Potsdam Conference, Bd. II, Dokument 1383, S. 1478 ff.; State Department Press Release 238 vom 24. 3. 1947; London, Cmd. 7087, 1947; besonders Abschnitt II, Absatz 19.

Sogar die Teilung Deutschlands war in Vorschläge zur politischen Dezentralisierung abgemildert worden¹³⁶. Das Dokument JCS 1779, am 11. Juli herausgegeben, wiederholte die mildere Linie. Der amerikanische Oberbefehlshaber wurde wie folgt beauftragt: „Sie werden weiterhin die Einrichtung von Selbstverwaltungsorganen in Deutschland fördern.“¹³⁷

Morgenthau Bemühungen waren auch außerhalb Washingtons nicht erfolgreicher. Im November übte er z. B. scharfe Kritik an britischen Vorschlägen zur Kontrolle Deutschlands¹³⁸. In Besatzungsfragen warf er den Engländern unter anderem vor, sie ließen sich in der Bequemlichkeit ihrer Verwaltung nicht durch Fragen höheren Prinzips stören. Obgleich Churchill von Morgenthau Vorstellungen beeindruckt war, wurde der Finanzminister kurz abgefertigt. Das Foreign Office und das Londoner Kriegsministerium erklärten, seine Kritik sei unbegründet und unverschämte, und die ganze Sache gehe auf jeden Fall den amerikanischen Finanzminister nichts an¹³⁹.

Eine andere Frage ist, ob die Morgenthau-Vorschläge die Deutschen zu einer letzten verzweifelten Verteidigung angespornt haben. Es trifft zu, daß die Vorschläge ein Geschenk für Goebbels waren. Die Tatsache, daß Morgenthau ein Jude war, ließ sich besonders gut verwerten¹⁴⁰. Im Oktober ergoß sich eine Flut von Rundfunksendungen über Deutschland, die darauf hinwiesen, daß die Kapitulation eine Verwirklichung des Morgenthau-Plans bedeuten würde¹⁴¹. Hitler selbst stellte in seiner Rundfunkansprache zum neuen Jahre für den Fall eines alliierten Sieges ein völliges Auseinanderreißen des Deutschen Reiches, den Abtransport von 15–20 Millionen Deutschen ins Ausland, die Versklavung des Volkes, den Verfall der deutschen Jugend, namentlich aber ein Verhungern der Massen in Aussicht¹⁴².

Aber keines dieser Zeugnisse beweist, daß, wenn der Morgenthau-Plan nie veröffentlicht worden wäre, Deutschland früher kapituliert hätte. Goebbels hatte schon seit Monaten und Jahren ein düsteres Bild von dem Schicksal gemalt, das den Deutschen beschieden sein würde, wenn der Krieg verlorengehe. Die bedingungslose Kapitulationserklärung von Casablanca, Anfang 1943, wurde als Beweis der alliierten Absicht, Deutschland völlig zu zerstören, aufgenommen¹⁴³.

Es war jedoch schon lange vor Morgenthau klar, daß für Hitler keine Kapitula-

¹³⁶ Potsdam Protokoll, Abschnitt II, Absatz 9.

¹³⁷ Germany 1947–1949, The Story in Documents, Washington 1950, S. 35 ff.

¹³⁸ Yalta Papers, S. 163–165.

¹³⁹ Woodward, a. a. O., S. 474.

¹⁴⁰ Der Berliner Funk erklärte: „Der Jude Morgenthau singt das gleiche Lied wie die Juden im Kreml,“ zitiert von A. Bullock in Hitler, A Study in Tyranny, London 1952, S. 693 f. „Morgenthau übertrifft Clemenceau“, sagt der Völkische Beobachter, „40 Millionen Deutsche zu viel!“, „Roosevelt und Churchill stimmen in Quebec mit dem jüdischen Mordplan überein“, Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe Nr. 268 vom 28. 9. 1944.

¹⁴¹ Byrnes, a. a. O., S. 181.

¹⁴² Völkischer Beobachter, Münchner Ausgabe vom 2. 1. 1945; auch Goebbels in: Das Reich, vom 21. 10. 1944.

¹⁴³ Vgl. A. Armstrong, Unconditional Surrender, S. 160; auch F. Federan, Die Deutschlandpolitik des Auslandes in den Jahren 1933–1945, in: Deutsche Rundschau 87 (1961), S. 1119.

tion in Frage kam. Nach der Invasion im Westen am 17. Juni 1944 schlugen ihm die Feldmarschälle v. Rundstedt und Rommel taktvoll die Möglichkeit eines Waffenstillstandes vor. Hitler war wütend¹⁴⁴. Am 31. August wiederholte er seine Absicht einigen seiner Generale gegenüber. „Unter allen Umständen werden wir diesen Kampf weiterführen, bis, wie Friedrich der Große sagte, einer unserer verdammten Feinde zu müde ist weiterzukämpfen.“¹⁴⁵ Am 17. September, bevor die Nachricht über den Morgenthau-Plan bekannt wurde, betonte Hitler noch einmal, daß der Krieg eine Sache von Leben oder Tod sei¹⁴⁶. Er brauchte den Morgenthau-Plan nicht, um seine Entschlossenheit zu festigen. Auch in der Ansprache vom 28. Dezember, die sich in ähnlichen Wendungen erging, wurde Morgenthau nicht erwähnt. Hitler fügte hinzu, daß er selber die Bedeutung des Wortes „Kapitulation“ nicht kenne¹⁴⁷. Detailfragen wie der Morgenthau-Plan erschienen fast belanglos neben der friderizianischen Parallele und den wagnerischen Träumen, in denen Hitlers Geist jetzt Zuflucht suchte.

Es gibt auch keine überzeugenden Beweise dafür, daß Hitler seinen Einfluß auf das deutsche Volk im Herbst 1944 eingebüßt hätte. Im Gegenteil, im Laufe des Sommers neigten die Truppen, besonders die Soldaten der Ostfront, die durch russische Vorstöße zurückgedrängt wurden, dazu, in der Führung Hitlers ihre einzige Hoffnung zu sehen¹⁴⁸. Nach dem Fehlschlag des 20. Juli verschwand die letzte Möglichkeit eines erfolgreichen internen Aufstandes gegen Hitler. Der Terror wurde so verstärkt, daß ein Witz den Tod bringen konnte¹⁴⁹. Wenn die Deutschen im Herbst 1944 Angst vor dem Westen hatten, so wurde diese Angst durch die alliierte Luftoffensive verstärkt¹⁵⁰. Es war nicht nötig, Morgenthau zu Hilfe zu rufen, um sie zum Weiterkampf anzuspornen; es gab auch niemanden, der Hitler daran hindern konnte, bis zum bitteren Ende zu kämpfen.

¹⁴⁴ Desmond Young, *Rommel, the Desert Fox*, New York 1951, S. 182f.; Hans Speidel, *Invasion 1944*, Tübingen 1949, S. 114ff.

¹⁴⁵ P. E. Schramm (Hrsg.), *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab)*, Bd. IV, 1. 1. 1944–22. 5. 1945, Frankfurt a. Main 1961, S. 63; für einen kurzen Bericht über Hitlers konsequentes Beharren, den Krieg so lange wie möglich zu führen, vgl. Schramms Einleitung zu diesem Band, Abschnitt III, Unter-Abschnitt 4. Eine englische Version dieses Dokuments findet sich in Felix Gilbert (Hrsg.), *Hitler Directs his War, The Secret Records of his daily Military Conferences*, Oxford 1950, S. 106.

¹⁴⁶ H. Heiber (Hrsg.), *Hitlers Lagebesprechungen, die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945*, Stuttgart 1962, S. 665.

¹⁴⁷ Heiber, a. a. O., S. 738ff.

¹⁴⁸ Görnitz, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2, S. 454.

¹⁴⁹ Dahms, a. a. O., S. 501.

¹⁵⁰ Kurt von Tippelskirch, *Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, Bonn 1954, S. 361; Dahms, a. a. O., S. 500. Hitler warnte in seiner Ansprache vom 28. 12. 1944, die Alliierten hofften, weitere 6–7 Millionen Deutsche durch Luftangriffe vor Kriegsende umzubringen; Heiber, a. a. O., S. 739f. Die Behörden der Bundesrepublik haben kalkuliert, daß etwa 593 000 Menschen in alliierten Luftangriffen während des Krieges umgekommen und 403 000 Wohnungen zerstört worden sind. Von diesen Wohnungen sollen 175 000 in den letzten 7 Monaten, also der grausamsten Periode der strategischen Luftoffensive, zerstört worden sein; *The Times*, 6. 4. 1962.

Es bleibt die Frage, wie weit Spuren des Morgenthau-Planes bei der Militärregierung zu finden sind. Es ist wahr, daß viele Amerikaner, lange nach der Ablehnung des Morgenthau-Planes, den Wert der Deutschlandpolitik nach ihrer Strenge beurteilten¹⁵¹. Amerikanische Truppen auf dem Weg nach Deutschland bekamen gedruckte Anweisungen, wie sie sich zu benehmen hatten. Einer dieser Ratschläge lautete: „Mach niemals Platz. Jede Gefälligkeit wird vom Deutschen als ihm zustehend angesehen, und er wird anschließend das Doppelte verlangen. Er denkt, daß ‚Fair Play‘ Feigheit ist. Die einzige Möglichkeit, mit den Deutschen umzugehen, ist, sie zu zwingen, Respekt vor Dir zu haben und sie die Hand des Gebieters fühlen zu lassen.“¹⁵² Militärregierungen sind im Prinzip undemokratisch. Es überrascht nicht, daß nach Eisenhowers Worten die Amerikaner als Sieger nach Deutschland kamen, nicht als Befreier. Zu erwähnen ist dabei immerhin, daß viele der Zivil- und Militärbeamten, die Verwaltungsposten in der amerikanischen Zone übernahmen, ehemalige Angestellte des Finanzministeriums waren. Als die Politik der Vereinigten Staaten anfang milder zu werden, „... waren diese Beamten ein Gegengewicht gegen diejenigen, die entweder aus Angst vor der Sowjetunion oder aus anderen Gründen Deutschland wiederaufbauen wollten“¹⁵³. Wir wissen auch, daß „Besatzungsbeamte in den ersten Jahren als Anti- oder Pro-Morgenthau“ klassifiziert wurden¹⁵⁴. Aber die Tatsache, daß diese ehemaligen Finanzbeamten ihre Ansichten nicht nur nicht immer, sondern nur selten in die Praxis umsetzen konnten, ist mindestens genauso wichtig wie die Tatsache, daß sie überhaupt in Deutschland dienten. Es ist ebenfalls klar, daß Menschen nicht immer in ihren Ansichten konsequent sind. John McCloy, obwohl selbst kein Finanzbeamter, mag als ein Beispiel angeführt werden: er war der Verfasser des ersten und strengsten Entwurfes des JCS 1067, diente aber später als ein völlig „anti-Morgenthau“ gesinnter Hochkommissar in Deutschland.

Viel wichtiger als diese Einstellungen des Besatzungspersonals ist die Tatsache der mit Beginn der Besatzung einsetzenden Erkenntnis, daß überstrenge Maßnahmen einfach unzweckmäßig waren. Die Ideen Morgenthaus entsprachen der Lage des besiegten Deutschlands nicht¹⁵⁵. Sehr bald erkannte man die Gefahr, die ein völliger Zusammenbruch selbst des elementarsten Wirtschaftslebens im kriegszerstörten Westdeutschland bedeutete¹⁵⁶. Die Deutschen ihrerseits unterstrichen den Widerspruch zwischen alliierten Erklärungen, wie z. B. der Atlantik-Charta,

¹⁵¹ John H. Hilldring, *What is our Purpose in Germany?* in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Bd. 255 (Jan. 1948), S. 77 ff.

¹⁵² Carl J. Friedrich and Associates, a. a. O., S. 233. Dieser Text kam indessen nicht vom Finanzministerium. Es scheint nicht einmal davon gewußt zu haben. Der Verfasser war Emil Ludwig, der deutsche Schriftsteller, der nach Amerika ausgewandert war.

¹⁵³ Drew Middleton, *Struggle for Germany*, London 1950, S. 57.

¹⁵⁴ Middleton, a. a. O., S. 29.

¹⁵⁵ B. U. Ratchford and W. D. Ross, *Berlin Reparations Assignment, Round one of the German Peace Settlement*, Chapel Hill 1947, S. 34.

¹⁵⁶ Lucius Clay, *Decision in Germany*, London 1950, S. 18 f.

und der alliierten Praxis¹⁵⁷. Der Begriff „Morgenthau“ wurde zu einer polemischen Waffe gegen alle einschneidenden Maßnahmen¹⁵⁸. Wie erheblich war noch dazu der Unterschied zwischen dem, was in den Büros der Kontrollkommission und im Armeehauptquartier beschlossen, und dem, was an Ort und Stelle ausgeführt wurde, wo die Offiziere der Militärregierung, ohnehin zum größten Teil auf die Dienste ihres deutschen Personals angewiesen¹⁵⁹, natürlich viel mehr mit der Wiederherstellung der Kanalisation und der Beseitigung von Trümmern beschäftigt waren als mit hoher Politik! „Was ist unser Plan in Deutschland?“, fragte man einen Offizier in Bayern. „Mensch, ich hab' keine Ahnung. Vielleicht können die hohen Tiere in Frankfurt das beantworten. Die beladen mich dauernd mit Papier. Wie soll ich das alles lesen, wenn ich 'zig verschiedene Dinge tun muß, um dieses Loch wieder auf die Beine zu kriegen.“¹⁶⁰ Die Befehlswege waren oft unklar, und es gab viel ärgerlichen passiven Widerstand gegen die Befehle höherer Instanzen. „In der Militärregierung wird eine Anweisung meistens nur als guter Rat behandelt“, und die Einheiten dieser Militärregierung neigten dazu, „alle Mitglieder höherer Behörden als Unruhestifter anzusehen“¹⁶¹.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die Anziehungskraft der Morgenthauschen Ideen im Herbst 1944 darin lag, daß sie einen Teil der öffentlichen Meinung zu vertreten schienen. Morgenthau bestand eindeutig darauf, daß bestimmte Möglichkeiten des deutschen Lebens beseitigt oder doch umgestellt werden sollten, und er tat es in einer Art und Weise, die zum Teil den öffentlichen Leidenschaften folgte. Man kann sich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß den Deutschen schwerwiegende Kontroll-, Einschränkungs- und Reparationsmaßnahmen auch dann aufgezwungen worden wären, wenn es die Morgenthau-Vorschläge nie gegeben hätte.

Auf der anderen Seite spiegelt Morgenthaus Einstellung eine der grundsätzlichen Schwächen der westlichen Deutschlandplanung wider: den Mangel an positiven

¹⁵⁷ Die Atlantik Charta, so fand Alfred Grosser, wird „überall in der Welt übersehen außer in Deutschland, wo sie dauernd zitiert wird, um zu zeigen, daß die Politik und das Benehmen der Alliierten Deutschland gegenüber ein Verrat ihrer Prinzipien sind“; *L'Allemagne et l'Occident 1945–1952*, Paris 1952, S. 35.

¹⁵⁸ Paul Weymar, Adenauer, London 1957, S. 223f. Über deutschen Widerstand gegen Demontage und Reparationen vgl. Michael Balfour and John Mair, *Four-Power Control in Germany and Austria 1945–1946*, London 1956, S. 168f. Zumindest in Marburg ermutigte man die Deutschen, zu glauben, daß die Sympathien der einzelnen Amerikaner bei denen seien, die sich der Politik der Militärregierung widersetzen. Vgl. eine Studie über die amerikanische Besatzung in der Praxis, John Gimbel, *A German Community under American Occupation*, Marburg 1945–1952, Stanford 1961, S. 203.

¹⁵⁹ Aus drei wichtigen Gründen: weil nur wenige Amerikaner da waren, weil diese Amerikaner die Zustände in Deutschland nicht gut verstanden (wenige von ihnen sprachen deutsch) und weil der schnelle Personalwechsel Konsequenz und Gründlichkeit unmöglich machte. Vgl. Gimbel, a. a. O., S. 7f., 38–43, 204. Dasselbe galt für den größten Teil der Militärregierung.

¹⁶⁰ Middleton, a. a. O., S. 33f.

¹⁶¹ Office of Military Government for Regierungsbezirk Oberfranken und Mittelfranken, *Intelligence Report of 28. 5. 1946*, von Gimbel, a. a. O., S. 135, zitiert.

Vorschlägen. Morgenthau und die Amerikaner und Engländer im allgemeinen wußten, welche Art von Entwicklung sie in Deutschland nicht wünschten. Sie wußten aber nicht, was sie fördern sollten mit Ausnahme von allgemein gehaltenen Konzepten wie „Demokratie“. Als die Amerikaner nach Deutschland kamen, schienen sie zu glauben, daß eine Demokratie automatisch entstehen müßte, wenn man künstliche Hindernisse aus dem Weg geräumt hätte. Sie zogen es daher oft vor, im Streit zwischen verschiedenen deutschen Gruppen um die alliierte Gunst, und daher um die Macht, neutral zu bleiben, anstatt einen aktiven Anteil an der Förderung der einen oder der anderen Seite zu nehmen. Jede Verwaltung ist aber von Natur aus mehr damit beschäftigt, gewisse Dinge durchzusetzen, als bloß negativ zu handeln. Als dies den Verwaltungsbeamten an Ort und Stelle klarer wurde, schienen Morgenthaus Ideen noch weniger anwendbar.

Das Quebec-Memorandum hatte immerhin eine sofortige Wirkung von gewisser Bedeutung. Der Präsident stimmte in Quebec zu, daß Großbritannien die Nordwestzone Deutschlands erhalten sollte, anstatt der Südwestzone. Er entschied sich dafür aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt, weil die Engländer es sein sollten, die den Morgenthau-Plan im Ruhrgebiet ausführten¹⁶². Abgesehen davon entstammten die zwei wichtigsten Konsequenzen nicht so sehr den Plänen selbst als ihrer Ablehnung. Erstens führte die Reaktion des Präsidenten zu einer Unterbrechung jeder Deutschlandplanung auf mehrere Monate, und zwar in einer entscheidenden Periode. Sowohl die amerikanische als auch die englische Regierung mußte sich auf unilaterale Anweisungen an ihre eigenen militärischen Kommandeure beschränken¹⁶³. Das Ergebnis war in jeder Hinsicht bedauerlich. Zweitens stellten die Morgenthau-Vorschläge sozusagen den radikalen linken Flügel der Deutschlandplanung dar. Hier lag eine Art Grenze, die niemand überquerte und der sich nur wenige näherten. Die Art der Morgenthauschen Formulierungen machte es vielen Leuten klar, wohin uneingeschränkte Härte führen konnte. Als man im besiegten Deutschland an die Arbeit gehen mußte und besonders als die praktischen Wirtschaftler sich geltend zu machen begannen, stellte es sich geradezu heraus, daß das tatsächliche Resultat des „Morgenthau-Plans“ geringere Strenge und nicht größere Härte war.

¹⁶² Yalta Papers, S. 137.

¹⁶³ Das Foreign Office in London machte sich darüber Sorgen, daß eine Krise mit den Russen herbeigeführt werden könne, wenn die Deutschlandplanung ohne ein vorheriges interalliiertes Übereinkommen zu weit geführt würde; Woodward, a. a. O., S. LI.